

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 20. April, 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Essen: Marmorbetrieb von Könen u. Komp.
Jena: Granitbetrieb Conradus. Erfurt: Plaz Merkel.
Birmasens: Plaz Caprano. Weinsberg: Plaz Burren.
München-Gladbach: Plaz Sperber und Freyzen in Bierzen.

Lüneburg. Bei der Firma R. Ehlert u. Co. haben die
Marmorarbeiter die Arbeit eingestellt.

Speier. Plaz S. Müller, J. Lend und S. Bauer streiken die
Steinmehnen.

**In Schwarzenbach a. S., Bunstedel, Bernack, Münchberg,
Seuzen, Selb und Niederlamitz** streiken die Granitarbeiter
im Streik.

**Der Zuzug nach dem Fichtelgebirge ist streng fern-
zuhalten!**

Schleifisches Sandsteingebiet. Arbeitsangebote für die Firma
Nigal sind zurückzuweisen, letztere schließt sich von der Tarif-
vereinbarung im dortigen Gebiet aus.

Regensburg. Kunststeinfabrik Edenhofer sind die Kollegen
ausgesperrt.

Eisenach. Streik bei Conradus beendet.

Dresden. Bei der Firma Stein legten sämtliche Marmor-
schleifer die Arbeit nieder. Die Firma ist für Marmorarbeiter
gesperrt.

Sülzingen. Firma Knochenbauer hat die Steinmehnen ausgesperrt.

In Plauen i. Vogtl. ist der Streik durch Abschluß eines Ver-
trages erledigt.

Belgrad (Serbien). Die deutschen Kollegen werden ersucht,
auf die Arbeitsangebote nach hier nicht zu reagieren. Der
Plaz Bertoli in Belgrad ist gesperrt.

Ungarn. Angesichts der äußerst mißlichen Verhältnisse der
Bauarbeiter in Ungarn und auf Grund der Lohnbewegung
der Steinarbeiter in Budapest, werden alle Steinarbeiter
ersucht, bis auf weiteres den Zuzug nach Ungarn bzw. Buda-
pest vermeiden zu wollen. Internationales Sekretariat.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Kampf der Schauerleute gegen die Hamburger Hafens-
proben dauert unverändert fort! Die an Größenwahn leiden-
den Herren in Hamburger Hafen haben die Einigungsversuche
der Schauerleute brüskl zurückgewiesen, sie wollen also eine be-
dingungslose Unterwerfung! Am 9. d. M. hat auf Veranlassung
der Organisation eine Sitzung mit den Unternehmern statt-
gefunden, in der die Unternehmer folgende Bedingungen für die
Aufhebung der Aussperrung stellten: Die Streikbrecher
werden, soweit möglich, in Hamburg gehalten; die
Schauerleute verpflichten sich, mit den Streikbrechern zusammen-
zuarbeiten, keine Warnung vor Zuzug zu erlassen und die Zu-
ziehenden nicht zu belästigen, jede Störung in der Annahme von
Kontraktarbeiten (Streikbrecherkolonnen, wie sie die Shipping-
Federation in England schon seit Jahren besitzt) zu unterlassen.
Dann sollte der alte Tarif und mit ihm die 36 stündige Arbeits-
zeit wieder anerkannt werden. Die Schauerleute haben in einer
Versammlung die Bedingungen, so wenig befriedigend sie sind,
im allgemeinen angenommen, nur haben sie verlangt, daß die
Streikbrecher möglichst schnell, die Ausländer bis spätestens
14 Tage nach Aufhebung der Aussperrung abgeschoben sein
müßten. Sodann soll, um die Einführung des Schichtwechsels zu
beschleunigen oder zu garantieren, für Nachtarbeit pro Stunde
1 Mark bezahlt werden. (Dieser Lohnsatz soll nach Angabe der
Unternehmer bezahlt werden, falls der Schichtwechsel eingeführt
wird.) Diese gewiß beschwerlichen Wünsche sind von den Unter-
nehmern als un diskutierbar bezeichnet und rundweg abgelehnt!
Eine Begründung anzuführen, hielten sie für überflüssig, da die
Arbeiter einfach zu gehorchen, nicht aber zu fordern haben. Der
Kampf wird also fortgesetzt werden müssen, weil es die Hafens-
proben so wollen, und wenn der ganze Handel Hamburgs darüber
zugrunde geht. Die Unternehmer werden nun mit größerer
Energie versuchen, in Deutschland Streikbrecher zu werben; sie
beabsichtigen, die tüchtigsten herauszufinden und sie den Streik-
brecherkolonnen einzubringen. Wir ersuchen deshalb um mög-
lichste Unterstützung bei der Zurückhaltung der Streikbrecher!
Wir erklären uns zu jeder Auskunft und Unterstützung gern
bereit und bitten, mehr als bisher gesehen, für die Fernhaltung
des Zuzuges zu sorgen.

Arbeiter! Genossen! Bedenkt, daß wir gezwungen sind,
einen Kampf zu führen gegen das unverschämteste, prohenhafte
Unternehmertum in ganz Deutschland; helft uns deshalb nach
Kräften, denn unser Sieg ist Euer Sieg. Hoch die Solidarität!

Die Leitung des Hafenarbeiterverbandes.

Gefängnisarbeit und freie Arbeit.

Das Problem der Gefängnisarbeit wird seit langen
Jahren schon von den Volkswirten sowohl wie von den
Sozialpolitikern und Kriminalisten rege diskutiert. Auch
die Gewerkschaften sind des öfteren schon zu einer Erörter-
ung dieser Frage gezwungen worden, weil wichtige Ar-
beiterinteressen damit im Zusammenhange stehen. Das
zeigt deutlich auch eine Denkschrift der Reichsregierung
„über die Beschäftigung der Gefangenen in den zum Voll-
zuge gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen bestimmten An-
stalten“, die jüngst dem Reichstage zugegangen ist.

Der Reichstag hatte am 16. Januar 1905 eine Reso-
lution angenommen, in welcher der Reichskanzler ersucht
wurde, „alljährlich mit dem Reichshaushalt eingehende

statistische Mitteilungen über die Beschäftigung der Sträf-
linge vorzulegen, aus welchen: 1. die Beschäftigung für den
eigenen Bedarf der Anstalt, 2. die Beschäftigung für Her-
stellung von Waren zum Verkauf eigener Rechnung, 3. die
Beschäftigung gegen Lohn für Dritte, und zwar: a) sowohl
auf gewerblichem Gebiet unter Bezeichnung der Industrie-
gruppen, als auch b) in der Landwirtschaft, 4. der täg-
liche Durchschnittsverdienst der Sträflinge, 5. der Gesamt-
wert der von ihnen hergestellten Produkte zahlenmäßig
erschichtlich ist.“

Dieser Resolution hat die Regierung Folge gegeben,
sie hat, um den Umfang der Gefängnisarbeit zu ermitteln,
in allen Strafanstalten am 1. Dezember 1905 Erhebungen
angestellt, die sich allerdings nur auf die Art der Beschäf-
tigung der Strafgefangenen, nicht auch auf die Durch-
schnittsverdienste und Produktionswerte der Gefängnis-
arbeit erstreckte. Die Ergebnisse der Erhebung sind immer-
hin interessant genug, daß auch wir uns kurz mit ihnen
beschäftigen.

Nach der Denkschrift waren am 1. Dezember 1905 in
den deutschen Gefängnisanstalten vorhanden 88 005 Ge-
fangene jeder Art, und zwar 79 377 männliche und 8628
weibliche. Von diesen waren 73 198 (67 467 männliche
und 6628 weibliche) Strafgefangene, von denen 67 467
mit zugewiesener Arbeit beschäftigt waren. Und zwar
waren 15 408 Gefangene für die Gefängnisverwaltung,
11 595 für andere Staatsverwaltungen und für die Reichs-
verwaltung, 449 für Kommunalverbände und Genossen-
schaften mit Staatsunterstützung, 778 für Anstaltsbeamte,
27 039 für Unternehmer, 3888 für eigene Regie und 10 640
für sonstige Dritte gegen Lohn beschäftigt. Wir sehen, daß
es sich um verhältnismäßig große Ziffern in den Gefangen-
anstalten mit Arbeit beschäftigt Gefangener handelt.
Es mag beiläufig erwähnt werden, daß nicht weniger als
67 Beschäftigungsarten gezählt wurden.

Auch die Steinindustrie wird durch die Gefäng-
nisarbeit berührt, waren doch in den Anstalten mit einer
Belegungsfähigkeit von 50 und mehr Köpfen nicht weniger
als 402 Gefangene mit Steinhauer- und Steinbruch-
arbeiten beschäftigt, und zwar in

	überhaupt	für die Gefängnis- verwaltung	für andere Staatsver- waltungen	für Unter- nehmer	für eigene Regie	für sonstige Dritte gegen Lohn
Preußen	145	1	15	129	—	—
Bayern	92	45	—	—	12	35
Württemberg	142	—	—	78	64	—
Braunschweig	14	—	—	14	—	—
Schwarz-Lothringen	9	—	—	9	—	—
	402	46	15	230	76	35

Soweit wir aus den Einzelnachweisen der Denkschrift
ersehen konnten, waren im Gefängnis Saarbrücken 9
Strafgefangene für die Staatsverwaltung, in den Ge-
fängnissen Beuthen in Oberschlesien, Bochum, Gelsen-
kirchen 62, bzw. 8 und 24 Gefangene für Unternehmer,
im Zuchthaus Ebrach 14, im Gefängnis Amberg 31 Ge-
fangene für die Gefängnisverwaltung, im Gefängnis
Dichtenau 12, im Gefängnis Rottenburg 64, im Gefängnis
Schwab.-Hall 78 Gefangene für eigene Regie mit Stein-
hauer oder Steinbrucharbeiten beschäftigt. Mit Bau-
arbeiten wurden außerdem 1161 Strafgefangene beschäf-
tigt, und zwar 564 für die Gefängnisverwaltung, 492 für
andere Staatsverwaltungen, 86 für Unternehmer, 6 für
eigene Regie und 13 für sonstige Dritte gegen Lohn. Wir
sehen, daß auch die Steinarbeiterschaft ein eminentes
Interesse an der Regelung der Frage der Gefängnisarbeit
hat. Denn ob der Arbeitsmarkt für die Steinarbeiter
durch rund 500 unfreie Steinarbeiter und durch rund
1200 unfreie sonstige Bauarbeiter ungünstig beeinflusst
wird oder nicht, das kann auch der organisierten Stein-
arbeiterschaft nicht ganz gleichgültig sein.

Darin ganz ausschließlich liegt die große Bedeutung
der Gefängnisarbeit für die Arbeiterschaft, daß sie in der
Form, in der sie jetzt ausgeübt wird, der freien Arbeit eine
zumeist schädliche Konkurrenz bereitet. Die rund 42 000
unfreien Arbeiter, die regelmäßig in den Strafanstalten
im Dienste der Privatindustrie beschäftigt werden, drücken
erheblich auf die Löhne der freien Arbeiterschaft. Denn
die Beschäftigung dieser Strafgefangenen erfolgt zu Be-
dingungen, die für die in Frage kommenden Unternehmer
weit günstiger liegen, als die Arbeitsbedingungen der
freien Arbeiter.

Das wird von der Denkschrift allerdings bestritten.
Nach ihr wird von allen Bundesstaaten tunlichst darauf
gesehen, daß durch die Gefängnisarbeit keine Unterbietung
der freien Arbeit stattfindet. Das Bestreben, die freie Ar-
beit vor der Gefängnisarbeit möglichst zu schützen, kommt
schon in den Grundgesetzen für den Vollzug gerichtlich er-
kannter Freiheitsstrafen zum Ausdruck, die vom Bundes-
rat im Jahre 1897 festgestellt worden sind. Dort heißt es
im § 22:

„Die Verwertung der Arbeitskraft der Gefangenen wird
so geregelt, daß die Interessen des Privatgewerbes mög-
lichste Schonung erfahren. Zu diesem Zwecke wird auf die
Befolgung übereinstimmender Grundsätze bei der Beschäf-
tigung der Gefangenen Bedacht genommen, soweit nicht

die wirtschaftlichen Verhältnisse für einzelne Anstalten
Abweichungen notwendig machen. Insbesondere wird dar-
auf Bedacht genommen, die Verdingung der Arbeitskraft
der Gefangenen an Arbeitgeber tunlichst einzuschränken,
den Arbeitsbetrieb auf zahlreiche Geschäftszweige zu ver-
teilen und auf Lieferungen für die Staatsverwaltung zu
erstrecken, unter allen Umständen aber eine Unterbietung
der freien Arbeit zu vermeiden.“

Danach werde in fast allen Bundesstaaten verfahren.
In der Regel sei bestimmt, daß die Arbeiten, soweit an-
gängig, „in Stücklohn“ oder auch „in Stück- oder Tage-
lohn“ erfolgen und der Lohn nicht zu niedrig, die Lehr-
lingszeit, während welcher nichts gezahlt werde, nicht zu
lang bemessen werden sollen. Für die Höhe der Löhne
hätten die an freie Arbeiter gezahlten Löhne, zu deren Er-
mittlung die Hilfe anderer staatlicher Organe, z. B. der
Polizeibehörden, Unfallversicherungsberufsgenossenschaften,
des Regierungs- und Gewerbeberats, in Anspruch genom-
men werden können, als Anhalt zu dienen, aber unter
Berücksichtigung der etwaigen Minderleistung der Ge-
fangenen gegenüber den freien Arbeitern und der von dem
Unternehmer zu übernehmenden besonderen Verpflich-
tungen. Die eigenartigen Verhältnisse der Gefängnis-
arbeit führten, wie in den Mitteilungen der Bundesregie-
rung mehrfach hervorgehoben werde, nicht selten zu dem
Ergebnisse, daß trotz des eigenen Interesses der Straf-
anstaltsverwaltungen an der Erzielung möglichst hoher
Preise die Löhne niedriger gestellt werden müßten als die
der freien Arbeiter, wenn anders eine ausreichende, ge-
eignete und muthbringende Beschäftigung der Gefangenen
durchgeführt werden sollte.

Hier wird in der Denkschrift selbst anerkannt, daß die
Gefängnisarbeit, soweit die Beschäftigung der Straf-
gefangenen für die Privatindustrie in Betracht kommt,
billiger ist als die freie Arbeit. Nur so ist ja auch das
große Interesse zu erklären, das die Privatindustrie immer
wieder für die Ausnutzung der in den Strafanstalten auf-
gespeicherten Masse unfreier Arbeiter an den Tag legt.
Wollten die mit den Gefängnisverwaltungen in Verbin-
dung stehenden Unternehmer ihren Arbeitern anständige
Löhne und sonst erträgliche Arbeitsverhältnisse gewähren,
so bräuchten sie wahrlich nicht auf die Gefängnisarbeit sich
zu stützen, sie könnten freie Arbeiter in Masse zur Ver-
fügung haben. Hier liegt der springende Punkt, wo allein
die organisierte Arbeiterschaft einsehen kann.

Es kann nicht im Willen der Arbeiterschaft liegen, daß
die Gefängnisarbeit gänzlich beseitigt, oder daß sie ein-
geschränkt wird, das hieße ja das Los der Strafgefangenen,
das ohnehin traurig genug ist, geradezu unerträglich ge-
stalten. Aber die organisierte Arbeiterschaft kann ver-
langen, daß ihr nicht durch die Gefängnisarbeit eine direkte
wirtschaftliche Schädigung, eine Schmutzkonkurrenz er-
wächst. Deshalb müssen wir immer wieder darauf dringen,
daß die vielen Strafgefangenen, die jetzt noch zu verhält-
nismäßig niedrigen Löhnen in Diensten der Privat-
industrie stehen, mehr und mehr der Ausbeutung privater
Unternehmer entzogen und mit Staatsarbeiten beschäftigt
werden, daß aber da, wo eine Beschäftigung für Privat-
unternehmer sich nicht umgehen läßt, diese zu den Arbeits-
bedingungen der freien Arbeiter und unter Mitkontrolle
der Arbeiterorganisationen erfolgt. Anders wird sich der
schädigende Einfluß der Gefängnisarbeit auf die freie
Arbeit nicht beseitigen lassen.

In der Denkschrift sind Angaben über die Arbeitsver-
dienste und die Arbeitsleistungen der Strafgefangenen
leider nicht gemacht, so daß ein ins einzelne gehender Nach-
weis der Schäden der Gefängnisarbeit für die freie Arbeit
heute leider nicht möglich ist. Aus dem oben wieder-
gegebenen Satze der Denkschrift wie aus der Tatsache, daß
im Interesse einiger schwer bedrohter Berufe schon ein
gänzliches Verbot der Gefängnisarbeit für die Privat-
unternehmer der betreffenden Gewerbe erlassen werden
mußte, geht aber zur Genüge hervor, wie ungünstig hier
für die Arbeiterschaft die Verhältnisse liegen. Mögen die
Gewerkschaften die politische Arbeiterbewegung rege unter-
stützen, um auch hier auf dem Wege der Gesetzgebung
Wandel zu schaffen.

Aus dem Bremkertal.

Ungefähr 2½ Meastunden von Göttingen entfernt
liegt das Bremkertal, wohin schon so mancher Kollege mit
hoffnungsfreudigen Schritten gewandert ist. Doch die
vorgefundenen Mißstände im Arbeitsverhältnis haben
wohl jeden enttäuscht, der noch andere Ansprüche ans
Leben stellt, als wie arbeiten und schlafen. Das Ausschälen
der Bundesratsverordnung sowie der Unfallverhütungs-
vorschriften sind hier unbekannte Einrichtungen und von
den hiesigen Kollegen wird diese Nichtachtung der gesetz-
lichen Bestimmungen zum Schutze des Arbeiters still-
schweigend geduldet. Ja, sie haben überhaupt kein Inter-
esse für solche wichtige Sachen. Andernfalls wäre hier
sehr viel schon abgeändert. Die Arbeitsbuden sind sehr
mangelhaft. In der einen Bude von 15 Meter Länge
haben in doppelter Reihe 24 Steinmehnen gebänkt. Auf
der einen Seite sind die Buden so niedrig, daß man obacht
geben muß, sich den Kopf nicht einzurennen. In solchen

Buden zu arbeiten, ist alles andere, nur nicht zur Schaffenslust angetan. Jetzt müssen sämtliche Kollegen im Freien aufhören. Der Unternehmer denkt, wenn er nicht immer dazwischen steht, wird nicht genug gemacht. Eine Ordnung, wie man sie sonst auf Steinmetzplätzen findet und die auch jedem einzelnen in Fleisch und Blut übergehen sollte, ist hier nicht vorhanden. In den Buden und im Freien liegen Schutthaufen, Klammotten und Werkstücke, alles durcheinander, so daß Gefahr besteht für die Arbeiter, Sals und Beine zu brechen. Die Frühstücksbuden lassen ebenfalls viel zu wünschen übrig und ähneln der Behausung bekannter Bierfüßler. Bedürfnisanstalten usw. sehr mangelhaft. Eine große Anzahl Kollegen sind deshalb gezwungen, ihre Notdurft im nahen Wald zu verrichten. Ein Spatzvogel meinte: der Wald wird tapeziert. Die Versammlungen, die doch in erster Linie dazu bestimmt sind, für die Beseitigung solcher Mißstände im Arbeitsverhältnis einzutreten, werden sehr schlecht besucht. Ein großer Teil Kollegen klagt stets durch Abwesenheit. Verbands- und Berufsangelegenheiten sind halt Nebenache. Die meisten Kollegen denken, wenn sie nur ihren wöchentlichen Obolus entrichten, ist es schon gut. So sollte die letzte Versammlung gleich nach Feierabend stattfinden, da war bei Verschiedenen gleich die Ausrede: das mache ich nicht, es wird sonst zu spät, wenn ich nach Hause komme. Hat aber ein Klimbimverein irgend etwas, dann kommt es gleich auf zwei Tage nicht an. Auch eine erbärmliche Mode besteht hier: wenn Versammlung oder Budenrecht gewesen ist, dann pfeifen es andern Tags schon die Spazier von den Dächern, was in den Zusammenkünften besprochen wurde. Es soll nun nicht gesagt werden, daß es böse Absicht von den Kollegen ist, aber eine sehr schlechte Angewohnheit, die geradezu schädlich ist und deshalb unbedingt abgelegt werden muß. Das Erzähler-talent könnte zweckentsprechender an anderer Stelle ausgebildet werden. Bohnklassen sind zirka zehn zu verzeichnen, von 4.50 Mk. an a b w ä r t s bis 2.80 Mk. Geschirr bekommt man gleich einen ganzen Haufen, nämlich ein Schlag-, Weiz- und Spizeisen, da soll nun den ganzen Tag mit genagelt werden. Hierin wird von denjenigen viel verdorben, die gleich mit dem Geschirrfasten angereist kommen, und die übrigen können dann sehen, wie sie fertig werden. Trotzdem hier Tagelohnhysterie herrscht, wird im höchsten Grade gewuchert, denn arbeiten kann es nicht genannt werden. Der Unternehmer steht immer dazwischen und schiebt von der einen Seite nach der andern. Unsere Kollegen schiebt dieses alles nicht an, sie rühren kein Glied, sich das Arbeitsverhältnis zu gestalten, wie es sich gehört. Sie betätigen sich nicht, um einen gesunden Zustand herbeizuführen, wie es seit jeher das Bestreben der Organisation ist. Im Bremferral muß also noch sehr viel eigne Kraft entfaltet werden, bis es heißen kann: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind einigermaßen zufriedenstellend. Hoffentlich tragen diese wenigen Zeilen dazu bei.

Wirtschaftliche Rundschau.

Teilweise Wiederberuhigung an den Börsen. — Noch immer abnorme starke Anspannung der Notenbanken. — Beginn einer Produktionskrise? — Die Preisrückbildung des Kohlenindex.

Der Grundzug der aufsehenerregenden Vorgänge, die sich in den letzten Wochen dieses und jenseits des Ozeans abspielten, ließ sich etwa in folgender Weise kennzeichnen: Ueberanpannung des Geldmarktes und der großen Zentralbanken und im Gefolge davon eine zeitweilige Kreditkrise, die an den Börsen schwere Verheerungen anrichtete, die jedoch den eigentlichen Grundstock unseres Wirtschaftslebens, die Produktion und den Warenabsatz, zunächst wenig oder noch gar nicht berührte. Im großen und ganzen wird man sagen dürfen, daß dieser Grundzug sich erhalten hat. Neu hinzugekommen ist unterdessen eine gewisse Erleichterung der Börsenstimmung — wie gewöhnlich nach dem ersten Ausstoß einer Panik.

Der Wetterwinkler war und blieb Amerika. Hier kamen in der zweiten Hälfte des März die enormen Kurschwankungen, die den 13. und 14. März zu den beiden kritischsten Tagen machten, mehr und mehr zur Ruhe. Die Spekulation schränkte sich zusehends ein, offenbar nach der Ausschüttung zahlreicher, kapitalschwacher Mitläufer; in New York trat an Stelle der Tagesumsätze von 2 bis 2½ Millionen Stück Aktien ein Umschlag von etwa einer Million, also von weniger wie die Hälfte. Die Bahngesellschaften vertagten ihre Ansprüche auf Heranziehung neuen Kapitals vorläufig. Das Washingtoner Schatzamt ließ abermals ansehnliche Darlehensbeträge dem freien Markt zufließen. So konnten sich die Kurse wieder etwas erholen, und der Zins für tägliches Geld, der an der kritischen Märzwoche bis auf 26 Prozent emporgesprungen war, steht in New York seit etwa einer Woche jetzt höher wie 2½ bis 3 Prozent. Damit wurde zugleich Europa die Sorge los, daß die Geldknappheit in Amerika unausgesetzt zu Goldentnahmen aus Europa zwingen könnte. Bis Anfang April flossen zwar noch schwache Goldmengen aus England ab; seitdem ist hierin ein Stillstand eingetreten.

Parallel mit dieser zunehmenden Sicherung nach außen hin lief für unsere europäischen Notenbanken zugleich eine Beruhigung durch die ganze inländische Entwicklung. Die Sorge, daß ein nochmaliges allgemeines Anziehen der Diskontschränke sich sofort als unvermeidlich herausstellen werde, kann als beseitigt gelten. Man hatte schon angekündigt, daß sich die Oesterreich-Ungarische Bank, hauptsächlich gegen die Schwächung durch deutsche Geldansprüche, durch Diskontenerhöhung zur Wehre setzen werde; eine ähnliche Maßnahme hielt man für Frankreich noch-mals für wahrscheinlich, das mit seinen reichen Vorkäufen lange Zeit England und Amerika ausgeholfen hatte und sich nun selber eingengt fühlte. Alle diese Schritte konnten unterbleiben; nach der Ueberwindung des Apriltermins steht auch der europäischen Geschäftswelt wieder reichlicheres „Geld“ zur Verfügung, in London wie in Berlin und anderwärts.

Im Vergleich zur eben überstandenen Periode wird man freilich hinzufügen müssen. Denn im Vergleich zu früheren und normalen Jahren stehen alle großen Notenbanken Europas belasteter als je da, und es ergeben deshalb die beweglichsten Ermahnungen an das Unternehmertum, an Reich, Staat und Gemeinden, ihren Kreditbegehre einzuschränken oder für spätere Zeiten zurückzustellen. Selbst bei öffentlichen Körperschaften ist das jedoch leichter gesagt wie getan, da auch hier gewisse Leistungen und Einrichtungen nicht nach Belieben warten können und oft sogar durch die Wirtschaftsbelebung notwendig bedingt werden (wie die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Transportmittel für den Güter- und Personenverkehr). Das Waren produzierende und Waren handelnde Unternehmertum muß vollends die Nase pfücken, ehe sie verblüht, wenn die Beschaffung des unentbehrlichen fremden Leihkapitals auch noch so teuer zu stehen kommt.

Die Deutsche Reichsbank hat seit langen Jahren keinen so hohen Diskont in diese Jahreszeit erhoben. Dennoch ist der Metallbestand fortwährend niedriger als in allen Vor-

jahren, zurück bis zum Jahre 1900, in dem bereits die letzte Krisis einsetzte. Damals bestand Ende März ein Diskont von 5½ Prozent, heute von 6 Prozent. Damals fiel alsdann, mit der allgemeinen Abschwächung des Wirtschaftslebens, der Diskont auf 4½ Prozent im Jahre 1901 (immer Ende März), auf 3 Prozent im 1902. Er stieg dann wieder von Jahr zu Jahr: auf 3½ Prozent, auf 4, auf 5, auf 6 Prozent (in 1906); er hatte Ende März 1899, so ziemlich auf dem Gipfel der letzten Hochkonjunktur, 4½ Prozent nicht überschritten. Man sieht, die jetzigen 6 Prozent sind für diese Jahreszeit ganz außergewöhnlich, und trotzdem sind wir, wie erwähnt, nur mit knapper Not einer abermaligen Steigerung entgangen. Die letzte Märzwoche mit ihren allseitigen Zahlungshäufungen bringt naturgemäß stets einen Wettkampf nach den Bankkassen; diesmal war der Andrang, trotz aller schärferen Absperrung, toller als je! Die Schwächung der Reichsbank (Abnahme des Vorkaufes plus Zunahme des Notenumlaufs) betrug diesmal im Vergleich zur Vorwoche 454,4 Millionen Mark, gegen 536,8 Millionen Mark in 1906, 482,8 Millionen Mark in 1905 und 501,4 Millionen Mark in 1904! Der Vorkaufbestand war Ende März noch niemals so hoch wie jetzt (1289,7 Millionen Mark); die vorjährige Ziffer (1099 Millionen Mark), die bereits einen Rekord bedeutete, ist um beinahe 200 Millionen Mark überholt worden. Die Notensteuerpflicht war ultimo März noch niemals so hoch (diesmal 400 Millionen Mark), 1906 286 Millionen Mark, 1905 nur 21 Millionen Mark — 1902 hatte die Reichsbank sogar eine steuerfreie Reserve von 101 Millionen Mark).

In England und Frankreich wiederholt sich die gleiche Erscheinung, obwohl weniger ausgeprägt und übertrieben. Stellt man neben den Ende März-Ausweis für Deutschland die ersten April-Ausweise für die Bank von England und die Banque de France, so stoßen wir auf folgendes Ergebnis bei dem diesmal doppelt wichtigen Quartalsumschlag:

	Reichsbank	Bank von England	Bank von Frankreich
	Metallvorrat:		
	Mt.	£fr.	Fr.
1905	1 015 884 000	38 745 000	3 868 759 000
1906	888 980 000	37 176 000	3 975 749 000
1907	775 972 000	34 841 000	3 555 571 000
	Notenumlauf:		
	Mt.	£fr.	Fr.
1905	1 543 505 000	28 670 000	4 413 605 000
1906	1 629 098 000	29 179 000	4 824 563 000
1907	1 731 486 000	28 930 000	4 954 681 000

Früher liefen die Banken hinter den Industrien her, um sie zu „Anlagen“ und Erweiterungen zu antizipieren; heute ist Geld- und Leihkapital die unvorbedachte Partei, und die vermittelnden Banken müssen den Kreditverlangenden Zurückhaltung predigen, um nicht selber zu Kolossen auf tönernen Füßen zu werden.

Indes hat die kleine Erleichterung des Zinsstandes genügt, um die in der vorigen Rundschau geschilderte Kursverwüstung leidlich wieder auszugleichen. Der Einfachheit wegen seien dieselben Stichproben für Montan-, Industrie-, Schiffahrts- und Bankwerte herausgegriffen. Es notierten an der Berliner Börse:

	am 8. März	am 28. März	am 6. April
Gesellschaft Bergw.	217,87	190,40	199,40
Phönix	207,75	181,—	198,75
Harpener	215,75	199,80	208,60
Konolidation	428,—	405,—	417,50
Dtsch. Luxemburg	187,—	159,50	169,50
Laurahütte	288,75	215,50	224,75
Dortmunder Union	81,50	67,75	75,70
Bochumer Gußstahl	232,75	212,75	220,70
Reich. Stahlwerke	198,25	174,—	186,—
Schering Chem. Fabrik	280,—	263,25	273,75
Hamburg-Amerika-Linie	148,75	135,50	137,—
Nordd. Lloyd	127,90	121,25	126,75
Deutsche Bank	241,50	234,10	230,40
Dresdner Bank	154,25	145,40	145,75
Darmstädter Bank	135,87	132,25	136,80

Trotz aller Besserung sind also die Kurse von Anfang März noch lange nicht wieder erreicht, geschweige denn die Kurse vor der ganzen Abflaumungszeit, die eigentlich an den deutschen Börsen schon mit dem November 1906 begonnen hat (vergl. die vorige Rundschau). Die misstrauische Bewertung der Banken, die, wie die Deutsche und die Dresdner Bank so eng mit der Industrie und der Börse, auch des Auslandes, verbunden sind, ist vielleicht am bezeichnendsten für die ganze Lage.

Trotzdem bleibt es noch immer wahr, daß die Produktion von einer Krise im alten Sinne, das heißt von einer Stockung im Absatz und einem Rückgang in den Bestellungen, nach wie vor verschont geblieben ist. Es liegen also für die Arbeitereigenschaften wohl mancherlei Anzeichen vor, die zur ruhigen Vorbereitung auf zukünftige, weniger günstige Zeiten mahnen, aber noch keinerlei Anzeichen, die schon heute zur reinen Defensiv drängen könnten. Vielleicht wäre es gut, wenn manche uns nahestehende Blätter etwas weniger Katastrophensensations treiben und etwas ruhiger die ausschlaggebenden Tatsachen abwägen wollten.

Vorläufig ist der Waren-Preisstand, dem für uns eine ganz andre symptomatische Bedeutung zukommt wie dem Börsenstand, im allgemeinen noch unerückert. Von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, wie beim Kupfer, dessen eigenartiger Markt wir oft genug schilderten; gerade die Kupfer bedürftigen Industrien sind nach wie vor gut beschäftigt, dagegen ist der preistreibenden und Vorräte sperrenden Spekulation vorzeitig durch die Geldknappheit und Kreditverengung der Welt ausgegangen.

Zimmerlin mag in der Produktion wieder einmal der Gipfel erreicht sein, von dem aus es kein Höher mehr gibt. Charakteristischweise ist auch diesmal, wie in der Vorperiode, der beginnende Umschlag wieder von einer Preissteigerung begleitet. Am 1. April gelten beim rheinisch-westfälischen Kohlenindex die neuen Preise, so daß sich an der Düsseldorfer Börse gegen früher folgende Notierungen ergeben: Gas- und Flammkohlen: Gasohle für Leuchtgasbereitung für Sommermonate 12,50—13,50 Mark, für Wintermonate 13,50 bis 14,50 Mark (früher 11,50—13,50 Mark), Generatorohle 12,75—13,75 Mark (12,25—12,50 Mark), Gasflammkohlen: Förderohle 11,75—12,75 Mark (10,50—11 Mark); Fettkohlen: Förderohle 11—11,50 Mark, beste melierte Kohle 12,10—12,60 Mark (11,10—11,80 Mark), Koksohle 12,25—12,75 Mark (10,80—11 Mark); Magerer Koks: Förderohle 10,50 bis 11,50 Mark (9—10 Mark), melierte Kohle 12,25—13,75 Mark (10,25—11,25 Mark), Koksohle Kern II (Anthracit) für Sommermonate 21—22 Mark, für Wintermonate 23,50—24,50 Mark (19,50—24 Mark); Koks: Gleichheits 19—20 Mark (18—19 Mark), Hochofenkoks 17,50—19 Mark (15,50—17,50 Mark), Koks 18,50—21 Mark (18,90—19,50 Mark); Wri-letts 11,50—14,25 Mark (10,75—13,50 Mark). Im Durchschnitt betragen demnach die Preiserhöhungen etwas mehr als 1 Mark.

Berlin, 7. April 1907. Max Schippel.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht die Adresse von Panitzsch, geb. 17. Dezember 1869 zu Erietz (Verbandsbuch Nr. 20300), dem Zentralvorstande zu übermitteln.

Ausgeschlossen nach § 3 5, a und b ist Gottlieb Hagemeier (Verbandsbuch Nr. 29989) und Franz Hierholzer (Verbandsbuch Nr. 32885). Beide zurzeit in Offenburg.

Korrespondenzen

Alt-Warthau. In der am 9. April stattgefundenen Stein- arbeiter-Versammlung wurde die Abrechnung vom 1. Quartal be- kannt gegeben und für richtig befunden; ferner wurde beschloffen, wie alljährlich, so auch diesmal, den 1. Mai durch Arbeit- sruhe zu feiern. Eine Kommission von fünf Mitgliedern regelt die Vorarbeiten. Den Hauptpunkt in der Versammlung bildete der Sympathiestreik der Nigglschen Kollegen. Die Christlichen in Mittelsteine schloffen mit vorgenannter Firma einen bedeutend niedrigeren Tarif ab, als wie er bei den andern Firmen gilt. Es wurde nun den im Zentralverband organisierten 30 Kollegen zugemutet, auch nach diesem Tarif zu arbeiten. Unsere Kollegen in Mittelsteine machten nun Feierabend und wurden ander- weitig untergebracht. Die Kollegen in Warthau haben unter dieser Schmutzkonkurrenz schwer zu leiden, indem die gute, lohnende Arbeit dort hergestellt wird, wo der Tarif am niedrig- sten ist. Also dort, wo christlich Trupp ist. Die bei der Firma Niggel in Warthau beschäftigten 17 Kollegen verlangten am Mon- tag, den 8. d. M., ihre Papiere und erklärten sich auf diese Weise mit dem im Zentralverband organisierten Kollegen von Mittel- steine solidarisch. Das Vorgehen der Nigglschen Kollegen wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen und beschloffen, Alt-Warthau so lange zu sperren, bis die Sache bei Niggel ge- regelt ist, bzw. bis alle Kollegen von Niggel, die jetzt außerhalb in Arbeit stehen, in Warthau beschäftigt sind.

Augsburg. In unserer am 7. April stattgefundenen Monats- versammlung stellte sich uns wieder Arbeitersekretär Walter in uneigennützigster Weise zu einem Vortrag zur Verfügung über: Die Arbeiterversicherungsgesetze und ihre Bedeutung. Eingangs feiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen be- zogene der Vortragende, wie notwendig es wäre, wenn in den Versammlungen auch über Sozialgesetze öfters gesprochen würde, da in dieser Beziehung große Unkenntnis und Gleichgültigkeit unter der Arbeiterbevölkerung herrscht. Die Bourgeoisie tut sich sehr viel zugute auf unsere Sozialgesetze und prahlt vor aller Welt bei passenden und unpassenden Gelegenheiten mit den Riesensummen, die Deutschland durch die Versicherungsanstalten ausbezahlt hat, so daß man meinen könnte, der deutsche Ar- beiter schwimme in Gold. Daß dem nicht so ist, wissen die Ar- beiter am besten, die gezwungen sind, von den paar Bettelpfen- nigen zu leben. Dabei vergessen die Herren ganz und gar, daß die Arbeiter selbst den größten Teil dieser Riesensummen aus der eigenen Tasche geleistet haben. Wenn die deutschen Arbeiter angemessene Löhne hätten oder doch höhere Löhne, um sich solche Löhne erringen zu können, dann könnten sie ganz gut auf die so viel gepriesene Arbeiterfürsorge verzichten. Redner schildert dann eingehend, wie die verschiedenen Versicherungsgesetze auf dem Krankentagegeld aufgebaut sind, wie die Wahlen zu diesen Körperschaften gehandhabt werden, wie die Beiträge zu den Krankenkassen die Grundlage bilden für die Beiträge zu den andern Versicherungszweigen und zu den von diesen zur Auszahlung gelangenden Renten. In den Händen der Arbeiter- schaft selbst liegt es, durch vernünftige Wahlen zu den Kranken- kassen eine Zentralisation derselben und hierdurch bedingte größere Leistungsfähigkeit derselben herbeizuführen und weiter in den andern Versicherungszweigen größeren Einfluß zur Durch- führung zweckentsprechender Reformen zu erlangen. Leider haben sich die Arbeiter bis jetzt noch viel zu wenig um diese Angelegenheiten bekümmert. Diese Gleichgültigkeit muß aus den Reihen der Arbeiter verschwinden. Einer klaren den andern auf, und bei den Wahlen zu diesen Körperschaften solle jeder dafür, daß nur aufgeklärte und rührige Männer als Kandi- daten aufgestellt und gewählt werden. Redner geht nun zur Invalidenversicherung über, die von größerer Bedeutung ist als die Unfallversicherung. Hervorzuheben ist, daß die Versicherungs- anstalten allmählich daran gehen, durch Krankenfürsorge, Heil- behandlung usw. der Invalidität soweit als möglich vorzubeugen, was anerkennenswert ist. In leicht verständlicher Weise zergliederte der Vortragende die Nebenpflicht und freiwillige Ver- sicherung, die Karenzzeit, Rückerstattung der Beiträge, die Rentenbemessung und belegt seine Ausführungen mit treffenden Beispielen. Des weiteren geht Vortragender auf die Unfallver- sicherung ein und nimmt hier besonders die ärztlichen Gutachten und deren Verwendung in der Rentenquetsche unter die Lupe. Er erklärte ferner in leicht verständlicher Weise die Frage: Was ist Unfall? und fasste seine Ausführungen dahin zusammen, daß es im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft liegt, sich um die Versicherungsgesetze mehr zu kümmern und in die Kranken- kassen, als der Grundlage aller andern Versicherungsweige, tüchtige und aufgeklärte Männer zu wählen. — Dem Genossen Walter sprechen wir auch an dieser Stelle unsern besten Dank aus, mit der Hoffnung, daß seine Worte nicht verloren gehen mögen.

Breslau. Am 10. April tagte im Gewerkschaftshause eine Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle I. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Gallert und Niebsch in der üblichen Weise geehrt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom verfloffenen Quartal, dieselbe wurde von den Revisoren bestätigt und der Kassierer entlastet. Da die Zahlstelle durch die diesjährige Lohnbewegung in eine fi- nanziell sehr geratene Lage ist, wurde beschloffen, zur Kassensonda- regulierung vom 14. April bis 1. November 10 Pf. Wochen- regulierung mehr zu erheben. Mehrere Firmen haben die Unter- schrift des neuen Tarifs verweigert, deshalb wurde die Leitung beauftragt, die Unterchriften von den Säumnigen bis 15. April einzuholen, eventl. haben die Mitglieder diese Firmen zu mei- den. Im Verschiedenen gab das Verhalten der Firma Niggel in Mittelsteine zu längerer Debatte Anlaß. In der Versammlung anwesende Kollegen von Warthau befanden, daß die Kollegen daselbst sich mit den ausgesperrten in Mittelsteine solidarisch erklärt haben. Die Angelegenheit sieht so weit günstig, da in Mittelsteine wie Warthau die ausgesperrten bis auf einige anderweitig Beschäftigung erhalten haben. Herr Niggel wird also mit seinen 30 Christlich Organisierten nicht allzulange das Feld behaupten. Denn so wie die Kollegen in Warthau werden auch die Kollegen allerorts handeln, wo genannte Firma Werk- plätze hat. Wie befunden wurde, sind Streikbrecher nicht vor- handen und ist es gelungen, eine Anzahl Italiener aufzufüllen, so daß sie nicht Streikbrecher wurden und abreißen. Für Bres- lau gilt vorläufig der Beschluß, bei Niggel Werkstücke in Heu- schauer und Waldeshertenstein nicht anzufertigen. Herr Niggel suchte vor kurzem im Breslauer Generalanzeiger Lehrlinge und leistete sich in dieser Offerte die Behauptung, ein Steinmetz ver- diene bei achtstündiger Arbeitszeit 30—40 Mark pro Woche. Da leider hier die wenigen Versammlungen schlecht besucht werden, soll, um diesem zu steuern, nun nun an im Mitgliedsbuch ein Stempelmerk über die Anwesenheit in den Versammlungen gemacht werden. Die Kollegen hier haben alle Ursache, mehr Interesse zu zeigen, denn die Breslauer Verhältnisse sind nicht danach angetan, Laune zu zeigen.

Bunzlau. Am 8. April fand unsere monatliche Mitglieder- versammlung statt. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde verlesen und für richtig befunden. Einnahme 664,76 Mk., Aus- gabe 479,19 Mk. In der Totalkasse bleibt ein Bestand von 2260,62 Mk. Ueber den Verlauf der Gaufkonferenz berichtet Kollege Fahrmarkt und gab dann im Anschluß die Abrechnung der Distriktskasse bekannt. Die Einnahmen betragen von 15. September bis 7. April 869,96 Mk., die Ausgaben 818,36 Mk.; mithin bleibt ein Bestand von 41,60 Mk. Ausführlicher Bericht

über die drei letzten Kartellstiftungen gab Kollege Köhler. Die Kartellfeier wird durch allgemeine Arbeitstunruhe nach dem vom Kartell und Wahlverein aufgestellten Programm begangen. Die Kollegen der Grabsteingewerke am Orte, die trotz schriftlicher Einladung nicht in der Versammlung erschienen waren, sollen zu einer Vorstandssitzung eingeladen werden, da sie bis jetzt noch unter dem im Tarif festgesetzten Mindestlohn von 68 Pfg. pro Stunde arbeiten, ebenso die erlaubte Arbeitszeit überschreiten.

Dresden. In der am 10. April abgehaltenen Versammlung gab der Vertrauensmann den Bericht über die stattgefundenen Tarifverhandlungen. Seine Ausführungen erzeugten eine lebhaftere Debatte. Den meisten Rednern waren die Zustände der Meister zu gering, doch ließ sich die Versammlung überzeugen, daß mit einemmal wohl nicht mehr herauszuholen sei und nahm mit Majorität den neuen Tarif, welcher verschiedene Verbesserungen enthält, an.

Osnabrück. Am 13. April fand hier eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte: Quartalsabrechnung, Beitragsverhältnisse, Bericht über die Gaukonferenz, Verschiedenes. Die Quartalsabrechnung wurde vom Kassierer Spierer vorgelesen und von den Revisoren in vollständiger Ordnung befunden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im 2. Punkt, Beitragsverhältnisse, ersuchten verschiedene Kollegen, bei den alten Beiträgen zu verbleiben, weil hierorts noch zu viele indifferente Kollegen der Organisation fernstünden und selbst viele der Organisierten ihren Verpflichtungen nicht nachkämen. Nach langer Debatte wurde beschlossen, bei den früheren Beiträgen zu verbleiben. Kollege Spierer gab im dritten Punkt den Bericht über die Gaukonferenz. Hierüber entspann sich eine längere Diskussion. Die nächste Gaukonferenz findet in Düsseldorf statt. Im Punkt Verschiedenes legte Kollege Lambert den Mitgliedern ans Herz, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Selbiger stellte den Antrag, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu bestellen, um den Kollegen die Bedeutung des 1. Mai vorzuführen. Auf Ansuchen des Kollegen Petermann aus Ruppertsbrunn wurden demselben fränkischerseits 20 Mk. bewilligt. Kollege Spinnrath wurde noch als zweiter Türkontrollleur gewählt.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Steinarbeiter hielten am Dienstag, den 9. April, ihre Mitglieder-Versammlung ab. Ueber Organisation und Agitation am Orte referierte Kollege Dippel und erlebte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Er führte u. a. folgendes aus: Es war im Jahre 1883, da schlossen sich in Frankfurt a. M. die Steinarbeiter zusammen und gründeten einen **Kammerverein**, welcher nach ungefähr zehn Jahren in die lose Organisation übertrat. Diese bestand nun wiederum bis zum Jahre 1903, wo man den Zentralverband der Steinarbeiter gründete, nachdem die lose Organisation verschiedene Mängel aufzuweisen hatte, wurde durch den Verband etwas Festes, besser Ausgebautes, geschaffen. Alsdann kam Redner auf die örtlichen Verhältnisse zu sprechen, dabei betonend, daß hier noch sehr viel gebessert werden muß. Vor allem herrscht unter den Warmararbeitern eine Laune und Gleichgültigkeit, die zu beklagen ist. Redner führte die Unternehmer an und ersucht die Kollegen, sich daran ein Beispiel zu nehmen, wie diese sich immer mehr zusammenschließen, um unsere Organisationsarbeit illusorisch zu machen. Bei dem Punkt Meißler entspann sich eine lebhaftere Debatte, es waren sich alle Redner einig, dieses Jahr die Kartellfeier geschlossen zu feiern. Doch soll erst in einer demnächst stattfindenden Versammlung darüber abgestimmt werden, weil wieder viele Kollegen durch Abwesenheit glänzten. Da laut Abmachungen vom vergangenen Jahre am 1. Mai der Lohn der Steinmehrer auf 65 Pfg. pro Stunde erhöht werden muß, sollen die Meister durch ein Schreiben daran erinnert werden. Zu diesem Zweck und auch wegen der Kartellfeier, wird in acht Tagen noch eine Versammlung stattfinden, die darüber beschließt. Außerdem machte der Vorsitzende bekannt, daß er betreffs einer Gaukonferenz sich an den Gauleiter Kraft gewandt, aber noch keine Antwort erhalten habe. Mit einem Mahnwort des Vorsitzenden, zu agieren, daß die nächste Versammlung besser besucht wird, wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg i. Baden. Am 11. April fand hier eine Versammlung statt. Nach dem Platzbericht hat sich die Situation insofern gebessert, daß ziemlich alle Kollegen wieder in Arbeit stehen. Bei Adam Kiesel kamen einige Differenzpunkte zur Sprache und wurde Kollege Droll beauftragt, dieselben beim Unternehmer vorzulegen, um Abhilfe zu schaffen. Am 1. Mai wird laut Beschluß die Arbeit ruhen und haben sich die Kollegen vollständig an der Versammlung morgens, sowie an dem Mittags stattfindenden Spaziergang zu beteiligen. Ein Festzug wurde nicht genehmigt, trotzdem die Studentenschaft dieses von Zeit zu Zeit in Anspruch nimmt und am Fronleichnamstage bei der Prozession sogar der Betrieb der elektrischen Straßenbahn auf zwei Stunden eingestellt wird. Die Kartellfeier wird gemeinschaftlich mit der sozialdemokratischen Partei abgehalten, welche bei der letzten Wahl an die zweite Stelle der hiesigen Parteien rückte und mehr Zuwachs hatte, wie die bürgerlichen Parteien miteinander, aber trotzdem versteht man in den maßgebenden Kreisen diese Zeichen nicht und betrachtet die Arbeiterschaft als fünftes Rad am Wagen. Die Quartalsabrechnung wurde von dem Kollegen Droll gegeben. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 545,20 Mk., die Gesamtausgaben auf 266,29 Mk., mithin ein Ueberschuß von 278,91 Mk. Mit dem angelegten Geld beträgt das Vermögen der Ortskasse 638,31 Mk. Durch den außergewöhnlich langen Winter haben sich bei einigen Kollegen Rückstände angesammelt, hoffentlich werden dieselben so bald wie möglich geregelt, damit das 2. Quartal glatt abgeschlossen werden kann. Da auf der letzten Gaukonferenz der Gau in Bezirke eingeteilt werden sollte, um der Agitation mehr Vorstoß zu leisten, hat die Gaukommission diesem Antrage Rechnung getragen. Da Freiburg als Vorort eines Bezirkes bestimmt wurde, nahm man die Wahl eines Bezirksvertrauensmannes vor, die auf den Koll. Droll fiel. Derselbe kommt noch auf die Konferenz zurück und glaubt, es wäre überflüssig gewesen, den Bericht mit Redaktionschwänzen zu verzieren. Wenn in anderen größeren Verbänden üblich sei, die Quartalsabrechnungen dreifach auszufertigen, könnten wir uns diese Frage ernstlicher prüfen, bevor ein abschließendes Urteil abgegeben wird. Die Abrechnungen in dieser Form auszufüllen und der Gauleitung zuzuführen, ist absolut nicht notwendig, aber ein Weg muß und kann gefunden werden, um die Sache einheitlich zu regeln. Nachdem noch zum Besuche eines am 21. April stattfindenden Frühlingstreffes aufmerksam gemacht worden war, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Kappelerode. Am 7. April tagte im Gasthaus zum Schlapen eine Steinarbeiter-Versammlung. Durch Beschluß der Versammlung wurde Kollege Strahl in den Verband aufgenommen. Im 2. Punkt fand die Wahl eines Bezirksvertrauensmannes statt, gewählt wurde Kollege Weindl. Der Bezirk wurde von der Gauleitung eingeteilt. Es zählten folgende Plätze zu diesem: **Wernthal, Hühlerthal, Renschthal, Zrieberg, Wolfach, Rürnbach, Wern und Umgebung.** Es wurde auch ein Agitationskomitee gewählt, von jeder Zahlstelle vier Mitglieder, **Seebach, Ottenhöfen, Kappelerode.** Die Gründung einer Bezirkskasse wurde vorläufig abgelehnt. Auch wurde die Abhaltung der Kartellfeier besprochen. Im Punkt Verschiedenes wurde noch über die örtlichen Verhältnisse kritisiert; auch sollten die Kollegen die Versammlungen besser besuchen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Kiel. In der am 9. d. M. in der Gewerkschaftsherberge abgehaltenen Monatsversammlung wurden 7 neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorsitzende ersuchte in einigen kurzen Worten die aufgenommenen Kollegen, sich als Klassenbewußte Arbeiter zu zeigen und der Organisation stets treu zu bleiben.

Nachdem der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelesen und ihm Decharge erteilt wurde, erstattete der Kartellbeauftragte den Bericht vom Gewerkschaftskartell; hervorzuheben ist daraus, daß die Eröffnung unseres Gewerkschaftshauses für Ende Juni in Aussicht gestellt ist. Am 1. Mai auch hier die Arbeit ruhen zu lassen, wurde einstimmig beschlossen. Bedauert wurde, daß, wie die Nachfrage ergeben hat, noch viele Kollegen nicht die Arbeiterzeitung lesen, sondern die Blätter der Gurrapatrionen vorziehen. Ein diesbezüglicher Antrag, der die Platzkassierer verpflichtet, von jedem Kollegen die Vorzeigung der Abonnementsquittung der Volkszeitung zu verlangen, wurde angenommen. Zum Schluß rügte der Vorsitzende, daß hier viele Kollegen in Arbeit treten, ohne sich beim Vorstände anzumelden.

Leipzig I. Die Steinmehrer hielten am 12. April im Volkshaus eine öffentliche Versammlung ab. Im 1. Punkt berichtete Kollege Post über die Tarifverhandlung mit den Meistern. Die Zinnungsverträge, welche für die Gehilfen nichts Annehmbares enthielt, wurde einstimmig zurückgewiesen. Beantragt und beschlossen wurde, die Tarifkommission hat bei weiteren Verhandlungen auf den Forderungen der Gehilfen zu beharren. Im Punkt 2 gab der Kassierer die Quartalsabrechnung, worauf diesem auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt wurde. Punkt 3 erledigte sich durch Beantwortung verschiedener Gewerkschaftsfragen, die aus der Mitte der Versammlung gestellt wurden.

Stöbenberg. Am 10. April tagte hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung. Da verschiedene Kollegen vom Vorstand abgereist sind, so mußte eine Ersatzwahl stattfinden. Es wurden die Kollegen Alfred Liebe als 1. Vorsitzender, Albert Klar als 2. Vorsitzender und Bernhard Ertmann als Schriftführer gewählt. Dann verlas unser Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal 1907. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde unser Kassierer Decharge erteilt. Für das zweite Quartal wurden neue Revisoren gewählt, und zwar die Kollegen Jüttner, Schuster und Brecher Scholz. Im Gewerkschaftlichen wurde angeregt, die Beiträge von 55 auf 60 Pfg. zu erhöhen. Die Erhöhung gilt vom 1. Mai bis 1. November. Betreffs des 1. Mai wurde beschlossen, denselben durch Arbeitstunruhe zu feiern. Kollege Jüttner erstattete Bericht von der letzten Kartellstiftung. Dem Kartell wurde anheimgegeben, die Kartellfeier möglichst am Orte stattfinden zu lassen. Darauf war Schluß der Versammlung.

München-Glabach. Seit einiger Zeit sind die Steinarbeiter von München-Glabach und Umgebend in Lohnbewegung. Der ausgearbeitete Tarif war den Meistern am 12. April zugestimmt worden. Ein Antwortschreiben wurde bis 1. April gewünscht. Zu der am 11. April stattgefundenen Versammlung war auch Gauleiter Herrmann-Köln erschienen, der den Kollegen noch genau Aufschluß gab über das Verhalten bei der Lohnbewegung. Von den Meistern war bei der Lohnkommission keine Antwort eingetroffen. Es wurde deshalb beschlossen, daß zwei Mann von der Lohnkommission und der Gauleiter am 13. April bei den einzelnen Meistern vorzusprechen sollten. Die Besprechung mit den Meistern hatte nun folgendes Resultat: Die Firmen Sommer in München-Glabach und Ludwig in Erlangen haben annehmbare Zugeständnisse gemacht und den Kollegen den Stundenlohn um 3 bis 6 Pfg. aufgebessert. Da nun die Firma Sperber sich zu gar keinen Zugeständnissen bereit erklärte und auch die Firma Frenzen sich weigerte, einen Tarif abzuschließen, wurde beschlossen, daß die Kollegen, die dort arbeiten, ihre Kündigung am Montag einreichen. Soweit als möglich werden die Kollegen anderweitig untergebracht und beschließen, die Sperre über die Werkplätze Sperber und Frenzen zu verhängen. Außerdem werden die Kollegen gebeten, München-Glabach zu meiden und den Zugang fernzuhalten. Gauleiter Herrmann erklärte noch den Kollegen die große Bedeutung der Statistik für unsern Beruf. Der Vorsitzende ermahnte noch die Kollegen, kräftig am Ausbau der Zahlstelle mitzuwirken.

Saarbrücken. Wie manchmal in Gewerbegerichten Recht gesprochen wird, in denen freigeorganisierte Arbeiter keinen Einfluß besitzen, zeigte sich wieder einmal in einem Urteil, welches das Gewerbegericht in St. Johann fällte. Die Ursache des Rechtsstreites ist zwar schon in Nr. 13 des Steinarbeiter veröffentlicht, mag jedoch zum bessern Verständnis der Sache nochmals kurz angeführt werden. Kollege Fischer arbeitete mit noch neun Kollegen in dem Grantgeschäft R. Burgers in St. Johann. Wegen verschiedener Mißstände im Betriebe wurde Fischer im Auftrage sämtlicher Kollegen bei Burger vorstellig und ersuchte um Abhilfe dieser Mißstände. Jedoch Burger setzte sich wie immer, so auch diesmal, auf das hohe Pferd seiner „Unternehmerherrlichkeit“ und meinte, er lasse sich keine Vorschriften machen, er brauche sie alle nicht und sie könnten alle gehen. Hierauf reichten sämtliche Kollegen die Kündigung ein. Vor Ablauf seiner Kündigungsfrist wurde jedoch Kollege Fischer entlassen mit der Begründung, Fischer verhebe die Leute und er (Burger) sei bei dem Vorstehen des Gewerbegerichts gewesen und dieser habe ihm gesagt, daß er hierzu berechtigt sei. Man bedenke nun wohl, der Vorsitzende des Gewerbegerichts ist Rechtsanwalt, also ein Mann, der Jahre dazu verwendet hat, um die Materie der Gesetzgebung kennen zu lernen, von dem man doch in erster Linie annehmen sollte, daß er nicht in solcher Weise den Willen des Gesetzgebers in die Praxis umsetzen könnte. Kollege Fischer fühlte sich zu Unrecht entlassen und geht zum Gewerbegericht, um Klageantrag zu stellen. Und was antwortete man ihm hier? Die Klage würde wohl nichts nützen, man könne den Sachverhalt schon! Fischer war also schon verurteilt, ehe er seine Klage eingereicht hatte. Beim ersten Termin, der am 10. März stattfand, brachte Fischer zwei Zeugen zur Stelle, welche bezugeten, daß Fischer in keiner Weise den Versuch gemacht habe, sie in irgendeiner Weise zu beeinflussen oder zu verheken. Die Beweisführung Burgers mochte denn doch wohl nicht genügen, denn der Termin wurde vertagt. Der zweite Termin fand am 28. März statt, zu diesem hatte Fischer zwei weitere Zeugen geladen, während Burger abwesend war, jedoch zur Vertretung seinen Kollege schickte. Fischers Zeugen wurden in diesem Termin nicht vernommen und Fischer mit seiner Klage abgewiesen. Begründung: Fischer habe das Koalitionsrecht überschritten. Im § 123 der Gewerbeordnung, der die Fälle vorstelt, in denen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist der Arbeiter entlassen werden kann, suchen wir vergebens, um uns die Begründung zu erklären. Sätte der rechtskundige Herr Rechtsanwalt nicht noch einen Schritt weiter gehen können und sein salomonisches Urteil damit begründen können, daß Fischer von dem Koalitionsrecht überhaupt Gebrauch gemacht habe? Das wäre wenigstens konsequent gewesen. Die Arbeiter werden aus diesem Urteil wieder die alte Lehre ziehen, daß die Herren Juristen über Angelegenheiten der Arbeiter komische Urteile zutage fördern. Die Arbeiter müssen alles daran setzen, um solche saarbrückischen Urteile, wie das oben geschickte, unmöglich zu machen, indem überall, wo Beisitzerwahlen zu den Gewerbegerichten stattfinden, nur die Kandidaten der freien Gewerkschaften zu wählen sind.

Sattelfach. Am 14. April tagte hier eine Versammlung der Steinmehrer, zu der sich aus den umliegenden Ortschaften viele Kollegen eingefunden hatten. Als Redner war Gauleiter Kraft aus Rammheim erschienen. Derselbe referierte in einer fast fünfviertelstündigen Rede über den Zweck und Nutzen der Organisation. In gemeinverständlichen Worten und sachlicher Darstellung ermahnte er zum Schluß, die Notwendigkeit der Organisation zu erkennen und sich dem Verbande anzuschließen. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seinen inhaltsreichen Vortrag. Die Diskussion war eine recht rege, und der Erfolg ein erfreulicher, denn es hatten sich sofort 33 Mitglieder ge-

meldet. Alle Anordnungen wurden durch Kraft sogleich in die Wege geleitet, die nötigen Vorstandsämter mit überzeugungstreuen Männern besetzt usw., so daß man mit Genugtuung auf diesen Tag, der längst ersehnte Wünsche in Erfüllung gebracht, zurückerblicken kann. Möge nun die neugegründete Zahlstelle hier am Orte den nötigen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage, auf die Erziehung der Mitglieder zum Klassenbewußtsein usw. ausüben, an Unterstützung von den Kollegen soll es nicht fehlen.

Wünschelberg. Am 14. April hielten die Steinarbeiter eine Mitglieder-Versammlung in Kaltwasser ab, welche sich eines guten Besuches erfreute. Zunächst verlas der Vorsitzende die Abrechnung des 1. Quartals. Diese wurde von der Versammlung für gut befunden. Ferner wurde über die Stellungnahme zum 1. Mai eifrig diskutiert. Der Tag soll in Kaltwasser in der Weingarten gefeiert werden. Weil hier der größte Teil der Mitglieder aus Böhmen ist, soll ein tschechischer Referent engagiert werden, der das Referat in deutscher und böhmischer Sprache ausführt. Es wurde zugleich ein Komitee gewählt, das die Vorbereitungen zu diesem Feste zu treffen hat. Im Verschiedenen wurden die Versammlungsschwänzer vorgenommen. Um diesem Uebelstand abzuwehren, wurde beschlossen, vor Beginn jeder Versammlung in das Mitgliedsbuch jedes Besuchers einen Stempelvermerk: Versammlung besucht anzubringen. Dadurch wird sich genaues feststellen lassen und wer nicht $\frac{1}{2}$ der Versammlungen besucht, wird des Kranzengelbes verlustig. Weiter wurde über unsere vergangene Lohnbewegung gesprochen. Mit dem Errungenen sind die Kollegen zufrieden. Im Durchschnitt wurde eine Erhöhung von 15 Prozent erzielt. Bei den neuen Aufschlagen und regelmäßig scharrierenden Flächen eine Erhöhung von 25 Prozent. Dies haben wir einerseits der guten Konjunktur und andererseits auch dem korrekten Vorgehen der Tarifkommission zu verdanken. Der Tarif wurde jedoch nur von Schilling, Rimmel u. Co. bewilligt, Niggel hat sich ausgeschlossen. Bei dieser Firma ist die Hälfte der Steinmehrer christlich organisiert, deshalb ist es schwer, hier eine Lohnbewegung zu erzielen. Unsere Mitglieder reisten sämtlich vor Ablauf des Tarifs ab, weil der betreffende Geschäftsführer, als er beim Wadenrecht gefragt wurde, ob er den neuen Tarif annehmen will, ihnen die Auskunft erteilte: Wer unter diesen Bedingungen (christlicher Tarif) nicht weiter arbeiten will, kann seiner Wege gehen. Von diesem machten die Betroffenen Gebrauch und sprachen bei der Firma Schilling um Arbeit zu, wurden jedoch zurückgewiesen mit dem Hinweis, sie seien im Auslande und dürften sie deshalb nicht beschäftigt werden. Die Firma Niggel ließ allen Mitgliedern des Meisterverbandes die schwarzen Listen aufstellen, worin alle in Betracht kommenden Kollegen bezeichnet waren. Auch die waren bezeichnet, die schon 14 Tage vor Ablauf des Tarifs abreisten, und einige, die heute noch daselbst arbeiten. Sie wurden als Streikende erklärt und durften deshalb nirgend eingestellt werden. Von einer Firma wurden nun die Betroffenen auf Ersuchen der Kollegen eingestellt, jedoch mit der Bedingung, daß der Unternehmerverband die Angelegenheit nicht als Streit betrachtet.

Wittenberg. Am 7. April fand eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Gauleiter Weidmann war anwesend und hielt einen Vortrag über Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Sodann wurde zur Tagesordnung übergegangen. Wahl eines Kassierers, da der gewesene Kassierer den Anforderungen nicht genügt hatte, selbiger auch in der Versammlung nicht anwesend war. Zum Kassierer wurde Kollege Ditz gewählt. Ferner gibt den Kartellbericht betreffs Lokalfrage. Die Versammlung stimmt dem gefassten Beschluß des Gewerkschaftskartells: Umbau des Gewerkschaftshauses, zu. Im Verschiedenen entspann sich noch eine lebhaftere Debatte über örtliche Angelegenheiten. Zum Schluß ermahnt der Vorsitzende die Kollegen, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen.

Rundschau.

Ignaz Auer, einer der ältesten und befähigsten Führer der deutschen Arbeiterbewegung, ist am 10. April im Alter von 61 Jahren gestorben. Auf einem Dorfe bei Waffau geboren, erlernte er das Sattlerhandwerk. Nach Beendigung seiner Lehrzeit und nachdem er mehrere Jahre in der Fremde war, beteiligte er sich an der sich langsam entwickelnden Arbeiterbewegung. Mit 22 Jahren war er Leiter des Arbeitervereins in Waffau. Infolge seiner organisatorischen Befähigung, seiner Intelligenz und ungewöhnlichen Rednergabe war er bald einer der gewichtigsten Taktiker der politischen Bewegung. Das Amt eines Sekretärs im Parteivorstand bekleidete Auer seit längeren Jahren. In dem Verstorbenen verliert das Proletariat einen seiner besten Kämpfer, der alle Widerwärtigkeiten, alle Drangsalierungen, die das Völkeregiment Bismarckscher Gewaltpolitik über unsern Volkskämpfer verhängte, durchgefostet hat. Unauslöschlich wird das Andenken sein, das die deutsche Arbeiterschaft dem Dahingegangenen bewahrt. Er war ein Mann im vollsten Sinne des Wortes, der sein Leben lang gekämpft für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Unser Kollege, Redakteur Alois Staudinger, hat am 16. April die unglücklichen Räume für Mitarbeiter nach sechs-wöchigem Aufenthalt verlassen und seine Tätigkeit in der Redaktion wieder aufgenommen.

Eine recht alberne Notiz lesen wir im Deutschen Steinbildhauer unter Wunsiedel. Sie lautet:

„Infolge der Ausperrung im Fichtelgebirge muß die Streikklasse pro Woche ca. 15 000 Mk. Unterstützung bezahlen. Man ist allgemein gespannt, wie die Sache diesmal ausgehen wird, da die Unternehmer entschlossen sind, nicht noch mehr nachzugeben. Es kommt also auf eine Kraftprobe an.“

Diese Notiz ist von Anfang bis Ende unwahr. Ob einer der beteiligten Industriellen der Schreiblustige gewesen, möchten wir bezweifeln. Doch verraten wollen wir, daß die wöchentliche Unterstützung nach oben abgerundet, 6000 Mark beträgt. Ein weiteres Befassen mit der Notiz halten wir für überflüssig, da die Absicht zu durchsichtig.

Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hielt dieser Tage in Köln seine Jahresversammlung ab. Es wurden dort große Kämpfe für das kommende Jahr in Aussicht gestellt, und als von besonderer Bedeutung wurde die Gründung einer Interessengemeinschaft, bestehend aus dem Rheinischen Provinzialverband, dem Bergischen (Elsfeld-Warmen, Solingen usw.) und dem Rheinisch-Westfälischen Verband der Bauarbeitgeber, bezeichnet. Der Zweck dieser Gemeinschaft sei die gemeinsame Tätigkeit von Tarifverträgen und die gegenseitige Unterstützung bei allen Arbeiterfragen. Bei den häufigen Streiks, so heißt es in dem Bericht, wurden die auswärtigen Arbeitgeber vom Verband nach jeder Richtung unterstützt. Die Nichterstützung von Streikenden oder Ausgesperrten hat sich bei straffer Durchführung als wirksames Kampfmittel erwiesen. Gerade dieses habe den Verband am meisten bestimmt, die Interessengemeinschaft

ins Leben zu rufen. Auch das neue Jahr werde ein arbeitsreiches werden, zumal noch vor Schluß des Jahres die neuen Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifs mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern wieder aufgenommen werden sollen. Aller Voraussicht nach werde es im kommenden Jahre nicht ohne schwere Kämpfe abgehen — dafür bürgen, so fügen wir hinzu, die propägen und gewalttätigen Gepflogenheiten des Unternehmerverbandes. Der Vorstandsbereich führt weiter an, daß der Verband stark in Anspruch genommen worden sei, um Gesuche um Ausstand bei Lohnkämpfen an Behörden und Bauherren einzurichten; diese Gesuche seien mit größter Bereitwilligkeit genehmigt worden. — Die Arbeiter können von solcher freundlicher Gesinnung der Behörden nicht berichten.

Terrorismus. Bei den letzten Wahlen haben die bürgerlichen Parteien sibiel gegen die Meinungsfreiheit geübt, sibiel wirtschaftlichen Terrorismus ausgeübt, daß sie nach der bekannten Epibubentaktik verfahren und der Sozialdemokratie Terrorismus vorwerfen, um dadurch ihre eignen Schandtaten zu vertuschen. Das Scharfmachertum des rheinisch-westfälischen Industriegebiets hat ein neues terroristisches Seldensstückchen verübt. Laut Beschluß der vorigen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes sollte die diesjährige Tagung in Bochum stattfinden. So beschlossen die Arbeiter — aber dunkle Mächte fügten es anders. Der Vorstand sieht sich genötigt, die Generalversammlung in Dortmund tagen zu lassen. Die Ursachen gibt der Vorstand seinen Mitgliedern in folgender Mitteilung bekannt:

Wie unsere Kameraden aus der Menderung des Tagungsorts unserer Generalversammlung ersehen, ist es uns nicht möglich, unsere Generalversammlung in Bochum abzuhalten. Die Ursache dieser Nichterfüllung des Generalversammlungsbeschlusses liegt in der Abtreibung aller Versammlungsorte durch unsere Gegner und — durch sonstigen Druck auf die Wirte. Es ist geradezu ein Skandal, daß es in einer „Großstadt“, wie Bochum, einer Arbeiterorganisation nicht möglich ist, ein Kongresslokal zu bekommen. Wir haben kein Mittel unverfügt gelassen, um es zu ermöglichen, unsere Generalversammlungsdelegierten am Orte des Verbandes begrüßen zu können. Aber es hat nicht sollen sein. Nun gut, wir werden auch ohne Bochum tagen, welches sich dadurch aber kein Ruhmesblatt geschaffen hat.“

Wir freuen uns schon auf die Entrüstung, die dieser schändliche Terrorismus in der bürgerlichen Presse auslösen wird. Oder hat man nun — wichtigeres zu tun?

Das Volkshaus in Leipzig, eigenes Heim der Leipziger Arbeiterkassen, hat seinen ersten Geschäftsbericht herausgegeben. Dieses Arbeiterheim, in eigener Regie erbaut, wurde Ostern 1906 eröffnet und ist eines der größten und prächtigsten der deutschen Gewerkschaftshäuser. Der Geschäftsbericht macht über Umfang und Prosperität erfreuliche Mitteilungen. Der Kostenpunkt beläuft sich bisher auf 1 050 000 Mk. Außer dem Arbeitersekretariat haben zwölf Gewerkschaften ihre Bureaus dort eingerichtet. Die vorzüglich eingerichtete Herberge erfreut sich eines lebhaften Zuspruchs der Gewerkschaftsangehörigen. Diese wurde erst im August 1906 eröffnet. In 14 Schlafsälen stehen 100 Betten. Die reisenden Gewerkschaftsmitglieder erhalten für 45 Pfg. Bad, Nachtlager und Frühstück. Für Delegierte und Referenten sind 7 Zimmer hotelmäßig eingerichtet. In den fünf Monaten seit Eröffnung der Herberge bis zum Jahreschluß logierten hier 8786 Personen.

Zur Hebung der ländlichen Dienstbotennot hat der Stadtmagistrat Würzburg ein wunderbares Mittel entdeckt. Er hat nämlich verfügt, daß die Naturalverpflegungssituation vom 1. April bis Oktober für die ungelerten und landwirtschaftlichen Arbeiter gesperrt werde. Die Arbeitslosen sollen darauf verwiesen werden, daß bei den Bauern auf dem Lande Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle vorhanden sei. Dies „christliche“, humane Mittel wird hoffentlich die, freilich nicht beabsichtigte Wirkung haben, daß der Arbeiterbewegung leider noch fernstehenden Arbeitern die Augen über die wahre Natur der „Arbeiterfreundlichkeit“ der bürgerlichen Parteien geöffnet werden.

Eine kostspielige gelbe Gründung. Nach dem Jahresbericht der Filiale Augsburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat die Gründung des berühmten gelben Streikbrechervereins in der Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg dem Verband ganze 118 Mitglieder gekostet — trotz der ausgesucht raffinierten Weise, mit welcher die Arbeiter zum „freiwilligen“ Beitritt gezwungen wurden. Diesem momentanen Austritt aus dem Verbands folgten aber Neuaufnahmen in doppelter und dreifacher Zahl, und der verhasste Verband, der durch die gelbe Gründung umgebracht werden sollte, ist für seine Hasser gefährlicher geworden denn je zuvor! Noch interessanter aber ist, daß der Fabrik durch die Baroneinlagen in die Kassen des gelben Vereins jedes Mitglied auf circa 1900 Mark zu stehen kommt. Man sieht, die Unternehmer lassen sich die Züchtung von Streikbrechern schon etwas kosten. Es muß auch zugegeben werden, daß sie im Recht sind, denn nach den Gesetzen des Kapitalismus muß sich jede Auslage rentieren. Wann werden dies die törichten, auf den Leim getrocknenen Arbeiter begreifen?

Wie immer — hinterher! Sämtliche Gruben des Saarreviers wurden von einer Kommission, die unter Leitung des Oberbergshauptmanns v. Welfen stand, einer genauen Revision unterzogen.

Der Deutsche Wertmeister-Verband (Sitz Düsseldorf), der zurzeit 46 000 Mitglieder zählt, lehnte auf seiner Generalversammlung in Mainz den Antrag auf Sitzverlegung ab und beschloß den Bau eines eignen Verbandshauses in Düsseldorf. Weiter stimmten die Vertreter der Gründung einer Sparbank und Buchhandlung zu. Ferner wurde der Entschließung zugestimmt, den Reichstag und den Bundesrat zu ersuchen, baldigst an die Schaffung von Arbeitskammern heranzutreten, weiter die Neuregelung der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung zu beschleunigen. Eine weitere Rundgebung der Delegierten sprach der Regierung und Reichstag lebhaften Dank aus für das Eintreten zugunsten einer Rentenversicherung der Privatangestellten. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Herr Fabrikdirektor Fr. Warthel, Cottbus, gewählt. Der Verband verfügt zurzeit über ein Vermögen von 8 500 000 Mk. und zählte an Mitglieder, Witwen und Waisen rund 11 000 000 Mk. Sterbegelder und Unterstüßungen. Die nächste Delegiertenversammlung findet 1909 in Düsseldorf in Verbindung mit der 25 jährigen Jubelfeier des Verbandes statt.

Die Aussperrungsbewegung in Polen. Die Aussperrungsbewegung in Polen nimmt von Tag zu Tag

immer größere Dimensionen an. Die Verhängung der Aussperrung ist für die Fabrikanten etwas Alltägliches geworden, wovon man bei dem geringsten Anlaß Gebrauch machen kann. Nach dem Streik im Jahre 1906 war es den Arbeitern der Warschauer Bäckereien gelungen, die neunstündige Arbeitszeit durchzusetzen. In diesen neun Stunden wurden sie mit ihrer Arbeit sehr gut fertig, so daß nirgends die Notwendigkeit vorlag, eine dritte Schicht einzuführen oder die Zahl der Arbeiter zu erhöhen. Ueber schlechte Geschäfte können die Warschauer Bäckereibesitzer überhaupt nicht klagen, was sie auch selber nicht in Rede stellen. Nichtsdestoweniger fordern sie jetzt mit einemmal, daß jede Schicht eine Stunde länger, d. h. zehn Stunden, arbeiten soll; falls die Arbeiter darauf nicht eingehen, so wollen die Bäckereibesitzer mit der Aussperrung vorgehen. Noch leichtsinniger und unmotivierter erscheint die Aussperrung in der Eisenmöbelindustrie. Der Konflikt trägt hier rein persönlichen Charakter. Die Fabrikanten, die sonst, wenn es gilt, die Konkurrenz auszustechen, in ihren Mitteln nicht sehr wählerisch sind, verhängten in schöner Solidarität die Aussperrung über ihre Arbeiter klob deshalb, weil einer der Fabrikanten von seinen Arbeitern beleidigt worden war! Die Erklärung der Arbeiter, daß diese Beleidigung durch das äußerste grobe Benehmen des betreffenden Fabrikanten hervorgerufen worden sei, findet nicht die geringste Beachtung. Im Laufe der letzten Tage fanden mehrere Arbeiterversammlungen statt, in denen beraten wurde, wie man den immer aggressiver werdenden Fabrikanten entgegenzutreten solle. Der Vorschlag, die Aussperrungen durch den Terror zu bekämpfen, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter als unannehmbar abgelehnt. Die Arbeiter sind überzeugt, daß auch die legalen Mittel zur Bekämpfung der Fabrikanten ausreichend sind, nur sei es zu diesem Zwecke notwendig, daß beide Seiten gleiche Rechte genießen, d. h. daß die Arbeiter sich ebenso frei organisieren dürfen, wie die Fabrikanten. Daher wurde in allen diesen Versammlungen der Beschluß gefaßt, sich an die sozialdemokratische Dumafraktion zu wenden, mit der Bitte, die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter zu fordern, als dasjenige Mittel, welches zum legalen Kampfe gegen das Aussperrungssystem äußerst notwendig ist.

Gewerkschaftliche Bewegung in Petersburg. Bei der letzten Sitzung des Zentralbureaus der gewerkschaftlichen Verbände wurde ein Bericht über die Lage der gewerkschaftlichen Verbände erstattet. Große Verbände gibt es drei: Druckerarbeiterverband, Metallarbeiterverband und Bäckerverband. Im Druckerarbeiterverband haben 9388 Personen das Beitrittsgeld bezahlt; den monatlichen Beitrag entrichten 3500—4000 Mitglieder. Im Metallarbeiterverband betragen diese Ziffern 10 700, bzw. 4000—4500; im Bäckerverband haben 3713 Personen das Beitrittsgeld entrichtet. — In 9 mittleren Verbänden schwankt die Zahl derer, die das Beitrittsgeld bezahlt haben, zwischen 1000—3000. — In 26 kleineren Verbänden beträgt die Zahl der Mitglieder, die den Monatsbeitrag leisten, etwa 2000. Der Kassenbestand aller Verbände beläuft sich auf 24 000 Rubel (circa 50 000 Mk.).

Die Zahl der Arbeitslosen in Petersburg. Nach den Angaben des Petersburger Arbeitslosenrats beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Petersburg 15 766, und zwar in der Textilbranche 1154, in der Metallindustrie 8152, Tagelöhner 3516, in anderen Berufszweigen 2944. Nicht miteingerechnet sind die verschiedenen Wanderarbeiter und die Bauern, die durch die im Frühling auf dem Lande herrschende Not in die Hauptstadt getrieben werden, in der Hoffnung, irgend eine Arbeit zu finden.

Adressen-Mendungen.

Nürnberg. Vorl.: Wilh. Böhnlein, Schweinauer Str. 38, I.
Blauen. Kass.: Karl Schwarzott, Meßbacher Str. 22.
Deuthen. Vorl.: Wilh. Riefert, Gr. Blottnitzstraße 6. Kass.: Franz Schweda, Gr. Blottnitzstr. 5.
Freiburg i. B. Die Reiseunterstützung zahlt August III., Konradstraße 22, III, aus.
Gendorf. Vorl.: Heirich Reckler.
Hildesheim. Die Reiseunterstützung wird beim Gastwirt Michel Niebe, Rorder-Brühl 37, ausbezahlt.
Wagwitz-Böwenberg. Vorl.: Alfred Fiehe, Kasernenstr. 33.
Ludwigshafen a. Rh. I. Vorl.: Friedr. Steeg, Oggersheimer Straße 89.
Geldsbach. Vorl.: Peter Kufwurm. Kass.: Nikolaus Burger. Beide in Biegelanger.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 8. bis mit 13. April 1907.
 (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
 Wirsberg, B. 69.72, E. 2.75, K. 0.20; Reichenbach, B. 40.32, K. 2.90; Otterbach, B. 35.28, E. 3.50, K. 20.10; Meiten, B. 236.88, E. 2.—, K. 6.80; Hamm, B. 44.16, K. 0.80; Freiburg, K. 50.—; Effen, B. 230.—; Dresden, B. 400.20, Ins. 2.55, K. 0.40; Bamberg, B. 21.—; Berlin I, B. 920.—; K. 100.—; Wismar, B. 2.30; Rotenschildbach, B. 3.50; Reusittin, B. 3.40; Leipzig, B. 2.80; Templin, B. 2.15; Verden, B. 7.50; Delstniz, B. 6.25; Emden, B. 2.50; Auma, Ins. 2.40; Seucha, B. 235.46, E. 15.75, K. 8.—; Köln I, B. 439.76, E. 2.50, M. 3.—, K. 50.—; Glauberg, B. 168.—, E. 2.—, K. 19.70; Büschberg, B. 165.90, E. 0.50, K. 6.20; Göttingen, B. 84.—, K. 20.—; Gera, B. 120.98, E. 0.50, K. 6.80; Hof I, K. 30.—; Seidingsfeld, B. 83.26, E. 0.50, K. 17.20; Strachheim, B. 132.94, E. 0.50, Ab. 3.60, K. 24.—; Kiefersfelden, B. 230.—, K. 10.—; Rürnberg, B. 41.80, E. 7.50, M. 8.90, K. 2.90; Ludwigshafen I, B. 105.—, K. 0.50, K. 22.60; Mittelsteine, B. 319.62, E. 3.50, M. 0.60, K. 20.20; Offenburg, K. 12.—; Wlagwitz-Böwenberg, B. 184.—, K. 20.—; Blauen, B. 46.—, K. 2.—; Bilgramsreuth, B. 177.24, E. 0.50, K. 31.30; Emmendingen, K. 20.—; Striegau, B. 472.50, E. 41.50, Ab. 1.95, K. 159.70; Stuttgart I, B. 46.20, K. 0.30; Steinwiesen, B. 39.06, E. 1.—, M. 1.50, K. 3.10; Würzburg, B. 79.58, K. 9.20; Reiffenhäusen, B. 84.—, E. 0.75, K. 10.—; Rimbach, B. 45.36, E. 1.50, K. 0.30; Postfa, B. 1260.—; Reilheim, B. 19.32, K. 20.—; Gotha, B. 184.—; Altenglan, B. 152.—, K. 28.80; Crawinkel, B. 103.50; Demitz-Thumitz, B. 840.—, E. 19.25, K. 82.90; Karlruhe, B. 184.—, E. 9.—, K. 30.—; Ludwigshafen II, B. 92.92, E. 0.25, M. 0.30, K. 3.50; Löbau, B. 460.—; Münchberg, B. 73.50, E. 0.50, K. 8.60; Wammsheim, B. 117.62, E. 1.—, K. 41.90; München, B. 46.—, K. 2.—; Otterberg, E. 2.50, M. 3.—, K. 12.75; Ströbel, B. 454.86, E. 11.—, K. 18.—; Weichselburg, B. 105.—, K. 21.60; Worms, B. 46.—, E. 1.50, M. 5.60, K. 2.80; Zweibrücken, B. 11.94, K. 1.20; Walldürn, B. 63.42, E. 0.50, K. 10.—; Heppenheim, B. 366.40, E. 10.—, M. 0.75, K. 9.10; Sonnerburg, B. 4.50; Fürstberg, B. 4.95; Reinheim, Ins. (Fr.) 7.20; Strn, B. 92.92, E. 0.50, K. 9.90; Mühlhausen i. Th., B. 46.50; Deuthen, B. 42.—, K. 6.10; Wurzen, K. 50.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Dresden. Eine Bekanntgabe ist überflüssig, warum sollen denn die Zeitungen an Deine Adresse? D. ist doch noch Mitglied. — **Gera.** Die Angelegenheit ist wohl nicht so wichtig, um im Steinarbeiter publiziert zu werden. Abgelehnt.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Steinarbeiter von Stuttgart u. Umg.

Mittwoch, den 24. April, abends 7 Uhr

Kombinierte ausserordentliche Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, Eßlinger Str. 19.

Tagungsordnung: Verschmelzung der Zahlstellen I und II zu einer Verwaltungskstelle.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gauleiter Braun wird anwesend sein.

Die Vorstände.



Albert Baumann

Werkzeugfabrik

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

— Lieferung sofort. —

Reutlingen, Württemberg.

In hiesiger 26 000 Einwohner zählenden Kreisstadt ist wegen Todesfall ein seit 11 Jahren mit gutem Erfolg betriebenes

Granit- u. Syenit-Werk

mit Kraftbetrieb und mit allen Vorräten unter günstigen Zahlungsbedingungen zu veräußern.

Offerten an F. Kurr, öffentl. Notar.

Spezialhaus für Berufskleidung

— Eigene Anfertigung —

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Zadetts, Sosen

Emil Keidel, Hamburg 6

— Bartelsstraße 101. —

Handschleifer

für dauernde Arbeit zu sofortigem Eintritt gesucht.

Granit- und Syenitwerke Frohmann & Co. Reinheim (Hessen).

4 tüchtige Steinmetzen

auf Grabsteinarbeiten in belg. Granit, sowie

1 Marmorhauer und 1 Marmorschleifer

finden lohnende, bei sauberer Arbeit dauernde Beschäftigung.

Karl Rott, Wulsdorf-Bremerhaven.

Tüchtige Granitsteinmetzen

per sofort gesucht.

Lübecker Granit-Industrie

Tübeck & Passage.

Ein tüchtiger

Werkzeugschmied

kann sofort bei sehr gutem Lohn eintreten.

Ferd. Popp

Granitwert Eisenhammer in Steinwiesen.

1 Marmorarbeiter

welcher mit Bohren von Marmorplatten sowie Zusammenlegen von Aufsätzen vertraut ist, gesucht.

Offerten unter M. an die Expedition dieses Blattes erbeten.

2 tüchtige Gehilfen auf Grabsteinarbeit

einer davon als Schrifthauer, sofort gesucht. Lohn pro Stunde 55 Pfg.

Ernst Meyer, Steinmetzmeister

Lüneburg.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Mittelsteine. Am 1. April starb unser Kollege, der Steinmetz **Ferdinand Bouschka** im Alter von 22 Jahren an galoppierender Schwindsucht.

München. Am 6. April starb unser Kollege, der Steinmetz **Joh. Gottschall** im Alter von 52 Jahren 3 Monaten an Darmtuberkulose.

Reiffenhäusen. Am 10. April starb unser Kollege **Franz Hinkel** im Alter von 25 Jahren 5 Monaten an Diphtheritis.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 16.

Sonntag, den 20. April 1907.

11. Jahrgang

Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Die Nr. 14 des Correspondenzblattes bringt diesen Bericht, der in erfreulicher Weise von dem Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung Zeugnis ablegt. 1 800 000 Kämpfer stehen wohlgeordnet zum Leidwesen aller Finsterlinge in Reich und Glied. Damit dürfte Deutschland die englische Gewerkschaftsmittgliederzahl (1 866 755) bald überragen und somit an der Spitze marschieren. Wir bringen den Bericht, soweit er für die Allgemeinheit der Steinarbeiter von Interesse sein dürfte, in dieser Nummer und den folgenden zum Abdruck:

Allgemeines.

Der von den verbündeten Regierungen gemachte Versuch, ein Gesetz zur Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine zu schaffen, dürfte als das für die Gewerkschaften wichtigste Vorkommnis während der verfloffenen Geschäftsperiode zu gelten haben. Wäre der am 12. November 1906 dem Reichstage vorgelegte Entwurf Gesetz geworden, so würde es den Gewerkschaften fast unmöglich sein, ihre Tätigkeit in der bisherigen Weise fortzusetzen. Es war deshalb notwendig, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die den Gewerkschaften drohende Gefahr abzuwehren. Es kam dabei in Betracht, die gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedensten Richtungen zum gemeinsamen Protest zu veranlassen, um den Regierungen vertrettern den billigen Vorwand zu nehmen, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sich in der Beurteilung des Gesetzesentwurfs nicht einig sei. Bei der Beratung der Vorlage im Reichstage betonte der Regierungsvertreter mit besonderem Nachdruck, daß das Gesetz nicht für die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften bestimmt sei. Offenbar war die Absicht, die gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedensten Richtungen durch das Gesetz noch weiter zu trennen, als sie ohnehin getrennt sind, mit von entscheidender Bedeutung dafür, den Entwurf in der vorgelegten Form auszuarbeiten. Daß er auch nicht im geringsten geeignet war, den Gewerkschaften zu nützen, hätte eigentlich auch den Bearbeitern der Gesetzesvorlage nicht entgehen können. Doch es scheint in Deutschland an der Tendenz, die für die Arbeiter zu schaffenden Gesetze nicht so zu gestalten, daß sie den Arbeitern nützen und deren Zustimmung finden können, festgehalten zu werden. Wenn je ein Arbeiter besterfender Gesetzesentwurf geeignet gewesen ist, die Nichtigkeit dieser Annahme zu beweisen, so war es der, welchen die Regierung, harmlos wie sie nun einmal ist, als den Entwurf eines Gesetzes betreffend die gewerblichen Berufsvereine bezeichnete.

Neben den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wurde die Gesetzesvorlage auch von den Vertretern des Zentrums und der Freisinnigen bekämpft. Es galt jedoch, auch die Gewerkschaften, welche in diesen Parteien ihre politische Vertretung sehen, zu einer entsprechenden Kundgebung zu veranlassen. Die Generalkommission wandte sich deshalb an die Leitung der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften mit dem Ersuchen, einen gemeinsamen Gewerkschaftskongress einzuberufen, der zu dem Gesetzesentwurf Stellung nehmen sollte. Die Leitung der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften stimmte dem Vorschlag zu, während die Leitung der christlichen Gewerkschaften den Vorschlag mit der wenig stichhaltigen Begründung ablehnte, daß sie, die „Christen“, einen „nationalen“ Arbeiterkongress einberufen hätten, der sich auch mit der Gesetzesvorlage beschäftigen solle. Von der Generalkommission wurden daraufhin die Vorbereitungen für einen Kongress der Gewerkschaften abgeschlossen. Gewerkschaften getroffen und wurde gleichzeitig eine umfassende Agitation gegen die Gesetzesvorlage eingeleitet. Die Arbeiten fanden ihren Abschluß mit der am 13. Dezember 1906 erfolgten Auflösung des Reichstags. Mit ihr erledigte sich, gleich allen andern, auch die Gesetzesvorlage betreffend die Berufsvereine. Ob die verbündeten Regierungen die Vorlage in gleicher oder veränderter Form wieder einbringen werden, ist noch zweifelhaft. Sie ist zwar von Regierungsvertretern gelegentlich im neuen Reichstage angeführt. Die gegenwärtige Zusammenfassung des Reichstags dürfte es der Regierung kaum geraten erscheinen lassen, mit dieser Vorlage wieder zu kommen, weil sie das konfessionsliberale Gehirnbildnis zur Auflösung bringen könnte. Oder aber, der Liberalismus müßte so weit gekommen sein, daß er um des lieben Hausfriedens willen einem Gesetz zustimmt, das dazu dienen wird, die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter zu behindern.

Selbstfalls darf die politische reife Arbeiterschaft, dürfen unsere Gewerkschaften sich nicht darauf verlassen, daß der gegenwärtige Reichstag sie vor einem reaktionären Gewerkschaftsgesetz bewahren wird, sondern sie müssen ständig gerüstet sein, um sich mit aller Macht gegen einen reaktionären Anschlag zu wehren. Zwingt man ihnen trotz dieses Widerstandes ein solches Gesetz

auf, so werden sie trotzdem und allem ihren Organisationsbau so ausgestalten, daß auch dieses Mittel, ihn zu erschüttern, verjagen wird.

Die modernen Gewerkschaften haben heute einen Umfang erreicht, bei dem es nicht mehr möglich sein wird, sie in ihrem Wirken behindern oder sie gar vernichten zu können. In dem letzten von der Generalkommission vorgelegten Rechenschaftsbericht, im Mai 1905, wurde mit Genugtuung konstatiert, daß die Gewerkschaften 1904 im Jahresdurchschnitt 1 052 108 und am Jahreschluß 1 116 723 Mitglieder hatten. Im Jahre 1905 erreichte die durchschnittliche Mitgliederzahl die Ziffer von 1 344 803 und am Jahreschluß von 1 429 303. Das Jahr 1906 dürfte mit einem Mitgliederbestand von 1 800 000 abschließen. Zwar machen sich bereits die Wirkungen der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur geltend. Infolge des drohenden Zolltarifs wurden, besonders in der Metallindustrie, die Inlandsbestellungen zurückgestellt, um vor Inkrafttreten des Zolltarifs die Auslandsbestellungen zu erledigen. Nunmehr scheinen auch die Bestellungen aus dem Inlande aufgearbeitet zu sein und die unheilvollen Wirkungen der unsinnigen Zollgesetzgebung werden sich im vollen Maße geltend machen. Die Geschädigten werden, wie leider immer, die Arbeiter sein. Noch ist es ihnen nicht im vollen Maße gelungen, die durch die deutsche Agrarpolitik herbeigeführte Verteuerung der Nahrungsmittel durch Erhöhung der Löhne mittels des Gewerkschaftskampfes auszugleichen. Das Unternehmertum weiß bereits, daß die Zeit wieder heranrückt, die Arbeiterschaft in die Abwehrstellung zu drängen, denn es zeigt eine bisher nicht erreichte Neigung, jede Bewegung der Arbeiter mit einer Aussperrung zu beantworten.

Trotzdem wird es auf dem wirtschaftlichen Kampffeld der Unternehmern ebensowenig gelingen, der organisierten Arbeiterschaft Herr zu werden, wie es den Verbündeten der Unternehmer, welche die Führung der Staatsgeschäfte in der Hand haben, gelingen wird, die Gewerkschaften durch eine reaktionäre Gesetzgebung zu unterdrücken. Die organisierte Arbeiterschaft ist zu einem Selbstvertrauen und zu einem Vertrauen zu ihren Organisationen gekommen, das uns zu der Hoffnung berechtigt, es werden auch während der Periode der wirtschaftlichen Krise sich keine nennenswerten Rückschläge im Organisationsleben bemerkbar machen.

Mit dem Vertrauen zur Organisation hat sich aber auch ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl bei der organisierten Arbeiterschaft entwickelt. Dieses veranlaßte die Gewerkschaften, sich auf ihrem letzten Kongress mit der Frage des Generalfreizeits oder politischen Massenstreiks und der Maidemonstration zu beschäftigen, weil bei jeder Aktion, an welcher Arbeitermassen beteiligt sind, die Gewerkschaften schließlich doch die Kerntruppe zu stellen haben.

Der Bericht streift dann die unsern Mitgliedern bekannten Vorgänge nach dem Kölner Gewerkschaftskongress aus Anlaß der dort behandelten Generalfreizeitfrage, ferner die Protokollveröffentlichung von der Konferenz der Zentralvorstände vom Februar 1906 und fährt dann fort:

Diejenigen, welche gar so arg auf Veröffentlichung des Protokolls drängten, dürften nicht auf ihre Rechnung gekommen sein. Ihr Sensationsbedürfnis scheint keine Befriedigung gefunden zu haben. Nach der Veröffentlichung des Protokolls kam eine merkwürdige Ruhe in die bisher stürmischen Gemüter, ein Zeichen dafür, daß die Konferenzverhandlungen durchaus nicht geeignet waren, Differenzen zwischen der Partei und den Gewerkschaften hervorgerufen oder vorhandene Differenzen zu verschärfen. Hoffentlich haben die stattgefundenen Auseinandersetzungen, an denen die Jahre 1905 und 1906 überreich waren, das Gute, daß in Zukunft das heute bestehende einmütige Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften nicht wieder durch Schriftsteller gestört wird, die einen größeren Wert auf revolutionäre Schlagworte, als auf praktische Mitarbeit in Reich und Glied der Arbeiterbewegung legen.

Die Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit, über deren Vorarbeiten im letzten Rechenschaftsbericht Mitteilung gemacht wurde, fand vom 17. Januar bis Ende Februar 1906 in Berlin statt. Die Wirkung der Ausstellung war momentan eine äußerst gute. Nachdem die deutsche Kaiserin die Ausstellung besucht hatte, gehörte es zum guten Ton, in den Gesellschaftskreisen, welche die kunstvollen Produkte brauchen, bei deren Herstellung die Heimarbeiterrinnen langsam verhungern, die Ausstellung gesehen zu haben. Auch Vertreter der Regierung kamen, fanden wohl auch ein Wort des Lobes gegen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und kehrten zurück in die Regierungsatmosphäre, in welcher wohl Gedanken reifen können zur Vermehrung des Reichtums ostelbischer Junker, nicht aber zur Befreiung menschlichen Elends, wie es sich uns in der Heimarbeit darbietet. Allen Parteien im Reichstage gab die Ausstellung Anregung, gleich der sozialdemo-

kratischen Partei mit Anträgen zum Schutze der Heimarbeiter zu kommen. Aber das warme Herz für den leidendsten Teil des Proletariats wurde kühler und scheint nunmehr völlig erkalte, denn nur die sozialdemokratische Partei tritt heute noch für den Schutz der Heimarbeiter ein. Leider ist es ihr bei dem geringen Einfluß, den der Reichstag bezüglich seiner Initiativanträge hat, noch nicht gelungen, ihre Gesetzesvorlage zur Verhandlung zu bringen.

Die Schlußabrechnung über die Heimarbeitsausstellung ergab einen Ueberschuß von zirka 3200 Mark. Die von den Gewerkschaften für die ausgestellten Gegenstände aufgewendeten Kosten sind hierbei nicht berücksichtigt. Die beteiligten Gewerkschaften haben verausgabt:

Für Ausstellungsobjekte	6420 — Mk.
Transport	98. — "
Druckachen	2525. — "
Entschädigungen	1821. — "
Durch Verkauf der Gegenstände vereinnahmt	1448. — "
Latafächliche Ausgabe	8921. — Mk.

Aus den beteiligten bürgerlichen Kreisen wurde vorgeschlagen, den Ueberschuß als Fonds anzulegen, der gelegentlich zu ähnlichen Zwecken Verwendung finden sollte. In einer Sitzung von Vertretern der an der Heimarbeitsausstellung beteiligten Gewerkschaften wurde mit 14 gegen 2 Stimmen beschlossen, den vorhandenen Ueberschuß zur Agitation gegen die Schäden der Heimarbeit zu verwenden. Ein dauerndes Zusammenarbeiten mit den an der Sache beteiligten Organisationen und Personen sei unmöglich, weil die Gegenstände in den politischen Anschauungen zu groß sind. Selbstverständlich werden jederzeit die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Aktion zur Bekämpfung der Heimarbeit bereit sein. In der Schlußsitzung des Kuratoriums wurde daraufhin beschlossen, den Ueberschuß in der Weise zu teilen, daß die eine Hälfte an die Generalkommission, die andre an das Bureau für Sozialpolitik abgeführt wird. Letzteres hat den ihm übertragenen Anteil an die sonstigen an der Ausstellung beteiligten Organisationen in entsprechendem Verhältnis aufzuteilen. Der Generalkommission sind darauf 1612.14 Mark überwiesen. Diese Summe nebst weiteren 10 000 Mark aus der Kasse der Generalkommission wurden dann zur Agitation gegen die Heimarbeit verwendet. Damit dürfte der Sache mehr gedient sein, als mit der Anlegung eines Fonds, der doch für den Zweck, dem er dienen soll, auch nicht entfernt ausreicht, wie die Kosten der Agitation gegen die Heimarbeit zeigen. Sobald sich wiederum eine Ausstellung oder ein Heimarbeiterschuttkongress notwendig macht, werden auch Mittel in ausreichendem Maße von den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Durch den letzten Gewerkschaftskongress wurde eine Regelung der Sammlungen für Streiks und Aussperrungen infolgedessen herbeigeführt, als diese Sammlungen der Kontrolle der Generalkommission unterstellt wurden. Es werden Beiträge nur noch dann geleistet, wenn nach Zustimmung der Mehrheit der Verbandsvorstände eine Sammlung seitens der Generalkommission ausgeschrieben wird.

Nicht in allen Fällen, in welchen eine Organisation der Hilfe der andern Gewerkschaften bedarf, machte sich eine Sammlung erforderlich. Mehrfach genügte es, wenn die angeschlossenen Verbände ersucht wurden, aus ihrem Kasseebestand der hilfebedürftigen Organisation Gelder zu bewilligen. In dieser letzteren Art wurden die Verbandsvorstände um Hilfeleistung ersucht für die Schneider, Ertrag 2788 Mk., Werftarbeiter, Ertrag 8875 Mk., Maschinenarbeiter in Schweden, Ertrag 7900 Mk., Leberarbeiter, Ertrag 14 625 Mk., Wäschearbeiter, Ertrag 9995 Mk., Seelente, Ertrag 11 475 Mk., Textilarbeiter in Verbiers, Ertrag 8600 Mk., Hafnarbeiter, Ertrag 20 500 Mk. Sammlungen wurden veranstaltet für die: Tabakarbeiter, Ertrag 55 309 Mk., Lithographen, Ertrag 225 101 Mk. und Buchbinder, Ertrag 96 414 Mk. Wenn auch durch die vom Gewerkschaftskongress beschlossene und von den Konferenzen der Vorstandsvertreter näher präzisierete Resolution eine gewisse Regelung des Sammelwesens erfolgt ist, so hat sich doch in der Praxis gezeigt, daß die gegenseitige Unterstützung in den Kämpfen noch weiter ausgebildet werden muß.

In der verfloffenen Geschäftsperiode sind der Generalkommission angeschlossen worden die Verbände der Schirmmacher und der Photographen.

Agitation.

Zu den ständigen Einrichtungen, welche von der Generalkommission zur Förderung der Agitation in einzelnen Bezirken geschaffen wurden, sind in der verfloffenen Geschäftsperiode zwei neue getreten, die Agitationskommission für Nordböhmen

Eine Verteidigungsrede Marats.

Durch einen glücklichen Zufall haben wir, so schreibt der freie Arbeiter, zwischen alten Dokumenten eine Verteidigungsrede gefunden, welche Marat vor dem Revolutionstribunal zu Gunsten eines armen Teufels, der, durch Hunger getrieben, einen Diebstahl begangen und sich den Volksfreund Marat zum Verteidiger gewählt hatte, gehalten hatte.

Wir veröffentlichen diese Rede, weil wir annehmen, daß sie auch für unsere Leser als geschichtliches Dokument von Interesse sein wird.

Nachdem der Angeklagte verhört war, erhielt Marat das Wort und sagte:

„Bürger!

Wenn die Gesellschaft das Recht in Anspruch nimmt, einen Menschen zu beurteilen, so ist sie verpflichtet, ihm ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren und zu garantieren. Sonst, wenn ihm die Gesellschaftsordnung nur Nachteile gewährt und ihn grausam ins Elend stößt, und er sich von dieser Ordnung gewaltsam loslöst, tut dieser Mensch weiter nichts, als daß er die Rechte, welche man ihm ohne Grund vorenthält, sich selbst nimmt.“

„Bürger Marat,“ rief hier der Präsident unwillig aus, „Sie wollen hier also Diebstahl und Verbrechen rechtfertigen?“

„Ich rechtfertige gar nichts,“ erwiderte Marat, indem er seine Rede weiterführte, „aber ich behaupte, daß in Ihrer ungerechten Gesellschaft Ihnen jede rechtmäßige Grundlage fehlt, um Verbrechen zu beurteilen. Wenn die Gesellschaft, im Interesse ihrer Erhaltung, die einzelnen Glieder derselben zwingt, die festgesetzte Ordnung zu respektieren, so hat sie vor allem dafür zu sorgen, daß die Bedürfnisse der einzelnen befriedigt werden. Wie aber gestaltetete sich bisher das Schicksal des gewöhnlichen Volkes?“

Es sah im Staat eine Klasse glücklicher Menschen, deren Leben genutzbar war, während das Volk darbt. Jenen war das Auskommen garantiert, ihnen nicht. Was sage ich? Arbeit, Gefahren, Ausbeutung und Hunger, Verachtung und Beschimpfung aller Art, das war ihr entsetzliches Schicksal.

Ja, ich sage es laut in Ihrer Gegenwart selber: Immer ist

es die herrschende Gesellschaft selber, die die Armen zum Verderben treibt, indem sie ihnen die Existenzmittel vorenthält. Der Arbeiter ist auf die Zufälligkeit des Erwerbes angewiesen; kann er die Steuern, welche man ihm auferlegt, nicht zahlen, so pfändet man ihn bis aufs Stroh, das ihm als Lager dient.

So durch die Gesellschaft an den Bettelstab gebracht, empört über die Hartnäckigkeit der Reichen, überall zurückgewiesen, verfällt er der Verzweiflung, wenn er seine Kinder nach Brot schreien hört.

Lassen Sie mich im Namen meines Klienten folgende Rede an Sie richten:

Bin ich schuldig? Ich weiß es nicht. Aber das weiß ich, daß ich nur getan habe, was ich tun mußte.

Der Trieb der Selbsterhaltung ist die erste Pflicht eines jeden Menschen; Sie selbst kennen keine größere Pflicht. Wer stiehlt, um zu leben, weil ihm keine andre Möglichkeit bleibt, tut weiter nichts, als von seinen Rechten Gebrauch zu machen.

Sie werfen mir vor, die Ordnung der Gesellschaft verletzt zu haben. Nun, was kümmert mich denn diese angebliche Ordnung, welche für mich immer nur unheilvoll gewesen ist? Sie mögen wohl die Unterwerfung unter die Gesetze predigen, Sie, die durch dieselben die Herrschaft über unzählige Unglückliche erlangen. Verfolgen Sie nur die Gesetze, denn Ihnen gewähren dieselben ein angenehmes Leben. Aber soll ich die Gesetze anerkennen, ich, der durch dieselben unglücklich gemacht ist? Und sagen sie mir nicht, daß alle Glieder der Gesellschaft davon Vorteile haben; das Gegenteil ist klar ersichtlich.

Vergleichen Sie Ihr Schicksal und unfres. Während Sie Ihr Leben ruhig verbringen im Schoße der Wärme, der Pracht und Erhabenheit, sind wir durch sie den Unbilden der Witterung ausgesetzt, der Sklavenarbeit und dem Hunger überantwortet. Um Ihre Genüsse zu vermehren, genügt es nicht, daß wir im Schweiß unfres Angesichts den Boden unsrer Brotherren bearbeiten, wir müssen ihn noch mit unsern Kränen besaufen. Was haben Sie denn so Herborragendes getan, um auf unsre Kosten so glücklich leben zu können? So unglücklich wir sind, wenn es noch wenigstens ein Ende unsrer Leiden gäbe! Aber das Schicksal der Armen ist unwiderruflich festgelegt. Das Elend ist das ewige Los der Armen.

Wer würde nicht, welche Vorteile das Glück den von ihm Begünstigten gewährt? Sie brauchen keine Talente, haben keine Verdienste, keine Tugend. Alles ebnet sich vor ihnen nach ihren Wünschen. Den Reichen sind alle Unternehmungen vorbehalten, die Ausrüstungen der Flotten, die Verbroiantierung der Armee, die Verwaltung der öffentlichen Einkünfte, sie haben das Privilegium, den Staat zu plündern. Man muß Geld haben, um immermehr Geld anzuhäufen; fehlt es daran, dann ist keine Möglichkeit vorhanden, etwas vor sich zu bringen. Auch die Art der Beschäftigung kennzeichnet die Klassenunterschiede. Für die Wohlhabenden sind die besseren Berufe reserviert, die Lustkunst und die freien Künste. Aber für die Armen bleiben die gefährlichen, die unangenehmen und aufreibenden Beschäftigungen. Überall wird der Arme vernachlässigt und zurückgestoßen, während diejenigen unterstützt werden, die der Unterstützung nicht bedürfen.

Sie sagen nun, man solle arbeiten! Das ist bald gesagt. Gab man mir denn die Gelegenheit zum Arbeiten? Vollständig verarmt durch die Industrie eines mächtigen Konkurrenten, habe ich mich vergebens bemüht, in der ärmsten Strohhütte ein Unterkommen zu finden. Durch schwere Krankheit vollständig aufgegeben, blieb mir kein andres Mittel, mein Leben zu fristen, als mir Brot zu betteln. Selbst dieses Mittel aber versagte. Ich schlief jeden Tag auf ärmlichen Strohlager und stellte, in Lumpen gehüllt, das traurige Bild meiner Leiden zur Schau; aber keine Seele wurde vom Mitleid gerührt.

Verzweifelt über die Hartherzigkeit der Menschen, von allem entblößt und vom Hunger getrieben, habe ich unter dem Schutze der Dunkelheit der Nacht einem Passanten eine kleine Unterstützung gewaltsam entrißen, welche er mir in seiner Hartherzigkeit verweigerte. Und weil ich von dem Rechte der Natur Gebrauch gemacht habe, wollen Sie mich ins Gefängnis schicken. Beurteilen Sie mich, wenn das möglich ist, um Ihnen ungerechten Besitz zu sichern. Inmitten der unfähigen Leiden, die ich erduldet habe, war es mein einziger Trost, den Himmel anzuflehen, daß er mich unter Ihnen hat zur Welt kommen lassen.“

Der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Gerichtshof, durch diese mächtige Verteidigungsrede außer Fassung gebracht, beschloß die Freisprechung desselben.

mit dem Sitz in Nürnberg und die Agitationskommission für Südbayern mit dem Sitz in München. Die Einsetzung dieser Kommissionen erwies sich deshalb als notwendig, weil vielfach an die Generalkommission aus den genannten Bezirken das Erfordernis gerichtet wurde, Beihilfe zur Agitation zu gewähren. Da es nicht möglich war, bei den Einzelanforderungen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der in Aussicht genommenen Agitation nachprüfen zu können, ohne die Verhältnisse in dem Bezirk näher zu kennen, so veranlaßte die Generalkommission sowohl in Nürnberg als auch in München die Gau- und Agitationsleiter der gewerkschaftlichen Zentralverbände zu einer Konferenz zusammenzutreten. Auf beiden Konferenzen kam man nach längerer Beratung zu dem Schluß, eine Kommission einzusetzen, welche die Nachprüfung der aus einzelnen Orten des Bezirks gestellten Forderungen auf Agitationszuschüsse zu besorgen und, soweit als möglich, selbständig in die Agitation einzugreifen und diese nach Kräften zu fördern hat. Beiden Kommissionen werden von der Generalkommission die für die Agitation erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Einen Beamten zur Leitung der Agitation anzustellen, hielt die Generalkommission nicht für erforderlich, weil in den Bezirken die größeren Verbände besoldete Gauleiter und die Gewerkschaften im allgemeinen schon feste Stützpunkte haben. In dem Bezirk der Agitationskommission für Südbayern gewährt die Generalkommission einen Zuschuß zur Erhaltung des Sekretariats in Wunsiedel, wodurch für diesen begünstigten Teil des Agitationsgebietes eine Agitationskraft freigestellt ist. Als Neueinrichtung, wenigstens insoweit die Generalkommission Anteil daran hat, kann auch die Agitationskommission für Schlesien und Posen, mit dem Sitz in Breslau gelten. Diese Kommission, gleichfalls aus den Gau- und Agitationsleitern des Bezirks zusammengesetzt, hat weniger selbständig Agitation zu betreiben, als vielmehr dahin zu wirken, daß die Gau- und Agitationsleiter sich bei der Agitation für die eigenen Verbände gleichzeitig auch bemühen, in den neu gewonnenen Orten auch andern Verbänden Eingang zu verschaffen und Verbindungen herzustellen. Als besondere Aufgabe hat die Kommission sich gestellt, Lokale für Versammlungen zu beschaffen, weil der Lokalmangel die Agitation in diesem Bezirk wesentlich erschwert. Bei den andern Agitationskommissionen sind wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Für das Sekretariat in Katowitz ist ein zweiter Beamter angestellt worden, dem neben der Ausführung von Arbeiten im Sekretariat die Agitationsarbeit für die Gewerkschaften obliegt. Obgleich die Auskunftsleistung nur an Organisierte oder nicht Organisationsfähige erfolgt, hat sich die Arbeit im Sekretariat so vermehrt, daß dem Sekretär keine Zeit zur Förderung der gewerkschaftlichen Agitation mehr verblieb. Die Anstellung einer zweiten Arbeitskraft war deshalb erforderlich. Desgleichen hat sich die Generalkommission entschlossen, auch der Agitationskommission für Elb- und Böhmen einen besonderen Beamten zu stellen, weil sich nach der langjährigen Tätigkeit dieser Kommission zeigte, daß die laufenden Arbeiten von den Genossen neben ihrer Berufstätigkeit nicht ausgeführt werden konnten. Das Sekretariat für das Sauerland ist auf Wunsch der Beteiligten von Lüdenscheid nach Siegen verlegt worden. Das Siegerland ist bisher noch gar nicht für die Gewerkschaften gewonnen. In christlich-sozialer Art ist den Arbeitern bisher ihr Daseinszweck erläutert, und unter der Devise „Werte und arbeiten“ haben sich, wie neuerdings durch die Untersuchungen des Metallarbeiterverbandes festgestellt ist, die erbärmlichsten Zustände in dem Bezirk entwickelt. Mit Hilfe des Sekretariats hofft man die Arbeiterklasse aus ihrer Lethargie zu erwecken und sie zu bewegen, für Beseitigung der elenden Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen, in Posen, im Saargebiet und in Rheinland-Westfalen sind in der bisherigen Weise tätig gewesen und sind Änderungen bezüglich ihrer Einrichtungen nicht getroffen worden. Neben der Agitation, welche von diesen Kommissionen unter der Kontrolle und mit materieller Hilfe seitens der Generalkommission betrieben worden ist, wurde die Hilfe der Kommission aus den verschiedensten Gegenden für Agitationsunternehmungen angerufen. Teils wurden Flugblätter für bestimmte Zwecke, teils Mittel für Beschaffung von Referenten, teils Beihilfe zur Agitation bei Krankenkassen- und Gewerbevereinswahlen gefordert. Den gestellten Anforderungen konnte fast in allen Fällen entsprochen werden. Dagegen mußte der größte Teil der Anträge, nach welchen die Generalkommission dauernde Zuschüsse zu Arbeitersekretariaten geben oder ganz aus eigenen Mitteln solche Sekretariate einrichten und erhalten sollte, abgelehnt werden.

In früheren Berichten ist dargelegt, daß nur unter gewissen Voraussetzungen ein Arbeitersekretariat sich als eine nutzbringende Agitationsstätte erweist. Sobald die Erhaltung des Sekretariats aber die finanzielle Leistungsfähigkeit der beteiligten Arbeiterkreise zu sehr anspannt, ist das Sekretariat in den meisten Fällen nicht förderlich, sondern hinderlich für die Agitationsarbeit. Deswegen hat die Generalkommission stets dringend von der Errichtung eines Sekretariats abgeraten, wenn demselben nicht eine gesunde finanzielle Grundlage gegeben werden konnte. Die Gewährung einer Beihilfe seitens der Generalkommission ist, entsprechend dem Beschluß des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, davon abhängig, daß das betreffende Sekretariat in absehbarer Zeit sich aus den Mitteln der beteiligten Gewerkschaften erhalten läßt. Diese Voraussetzung war bei den meisten Anträgen, die an die Generalkommission gestellt wurden, nicht gegeben und konnte deshalb nur ausnahmsweise eine Beihilfe für Arbeitersekretariate gewährt werden.

Auch den ungemein zahlreichen Anträgen, zum Bau, Kauf oder zur Pachtung von Versammlungslökalen größere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, konnte nur in sehr geringem Maße Rechnung getragen werden. Zwar hat die Generalkommission, entsprechend dem Beschluß der Konferenz der Vorstandsvertreter, in letzter Zeit nicht mehr unbedingt jeden Antrag, der auf den Erwerb eigener Lokale hinausging, abgelehnt, doch konnten nur ganz ausnahmsweise Mittel hierzu zur Verfügung gestellt werden.

Eine größere, von der Generalkommission selbst vorbereitete Agitation war die gegen die Heimarbeit, die in den letzten Monaten des Jahres 1906 betrieben wurde. Es wurden besonders in den Bezirken mit ausgedehnter Heimarbeit Versammlungen abgehalten, in welchen über den gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter beraten wurde. Die Versammlungen sollten dazu beitragen, die bürgerlichen Parteien in Reichstagen an die von ihnen versprochene gesetzliche Regelung der Heimarbeit zu erinnern. Deshalb wurden die von den Versammlungen gefaßten Beschlüsse dem Reichstage zur Kenntnisnahme unterbreitet. Durch die Auflösung des Reichstages wurde dann die in naher Aussicht stehende Beratung des Heimarbeit betreffenden Gesetzentwurfs der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wieder hinausgeschoben, und von dem neuen Reichstage steht nicht zu erwarten, daß er sich in der ersten Session mit so untergeordneten Dingen wie Heimarbeiterschutz beschäftigen wird. Das könnte die nationale Begeisterung herabmindern, die so notwendig für Kolonialbewilligungen und Erschließung neuer Steuerquellen ist.

Jedenfalls darf die organisierte Arbeiterklasse von dem Kampfe gegen die Schäden der Heimarbeit nicht ablassen und wird die Agitation erneut in größerem Maßstabe vorgenommen und dauernd betrieben werden müssen.

Zur Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen wurde am 1. Oktober 1906 das Arbeiterinnensekretariat eingerichtet und die Genossin J. Altmann mit der Leitung des Sekretariats betraut. Ueber die Tätigkeit des Sekretariats ist anschließend an den Bericht der Generalkommission ein Bericht von der Sekretärin gegeben.

Unterrichtskurse.

Die wiederholt auf den Gewerkschaftskongressen gegebene Anregung, eine Einrichtung zur Ausbildung und Fortbildung von Gewerkschaftsbeamten zu schaffen, ist in der verfloffenen Geschäftsperiode realisiert worden. Es ist zwar nicht zu verkennen, daß die nunmehr eingerichteten Unterrichtskurse nicht ausreichend sein können, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß sie den Gewerkschaftsbeamten oder Gewerkschaftsagitatoren von Grund auf ausbilden und mit einem abgeschlossenen Wissen ausstatten sollen. Das ist mit den Unterrichtskursen nicht beabsichtigt und kann nicht beabsichtigt werden, wenn die Kurse nicht eine ganz bedeutende Verlängerung der Dauer erfahren sollen. Für die drei Kurse, welche im Jahre 1906 stattfanden, war eine Dauer von je vier Wochen vorgesehen, und für die Kurse von 1907 soll die Dauer um eine Woche verlängert werden. Jedoch ist die Zahl der Unterrichtsgegenstände um einen vermehrt. Zu den Vorträgen, welche in den Kursen von 1906 gehalten wurden, tritt für 1907 noch ein Vortrag über Strafrecht, so daß nur für einzelne Vortragende die Zahl der Unterrichtsstunden vermehrt werden konnte.

Die Kurse in ihrer heutigen Einrichtung können, wie bemerkt, nicht als ausreichend erachtet werden, um Gewerkschaftsbeamte völlig auszubilden. Sie können nur dazu dienen, die Teilnehmer in knapper Form in bestimmte Wissensgebiete einzuführen, ihnen durch Angabe der einschlägigen Literatur die Wege zum systematischen Fortstudium zu weisen. Betrachtet man dieses als den Zweck der Unterrichtskurse, so dürfte sich sagen lassen, daß der Zweck mit der neu geschaffenen Einrichtung völlig erreicht worden ist. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches.

In den letzten Wochen hielten verschiedene Zentralverbände ihre Generalversammlungen ab. Alle diese Versammlungen und die dort gefaßten Beschlüsse mit der heutigen Scharfmachertendenz in Parallele gestellt, zeugen von einer sicheren Ruhe, Ernst und Opferwilligkeit, die gegen das Geflässe der Feinde der Arbeiterorganisationen wie der Scharfmacher überhaupt, sich vorteilhaft abhebt. Ueberall ein klares Ueberblicken, ein festes ins Auge schauen der Situationen, und wo die Verhältnisse es erfordern, eine Konzentration, oder richtiger gesagt, ein Zusammenschweißen der einzelnen Verbände.

Der 9. Verbandstag der Maurer, der vom 1. bis 6. April in Köln tagte, faßte für die Organisation wichtige Beschlüsse. Der Verschmelzung mit dem Verband der Stukkateure sind nunmehr die Wege geebnet. Unter vollständiger Wahrung der besonderen beruflichen Interessen der Stukkateure sind die Bedingungen des Uebertritts für diese formuliert und fanden fast gar keinen Widerspruch bei den Delegierten. Auch der Vorsitzende des Stukkateurverbandes äußerte seine Zustimmung. Die Angelegenheit dürfte demnach als perfekt angesehen werden.

Zur Frage der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse stellte sich der Verbandstag auf den Standpunkt des Vorstandes, daß alle Jahre circa fünfzig Kollegen auf Kosten der Hauptkasse an den Kursen teilnehmen sollen. Die Auswahl soll der Verbandsvorstand treffen. Die Erhebung eines Extrabeitrages, die infolge der Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe vorgesehen war, wurde auf Anraten des Zentralvorstandes nicht beschlossen; dagegen kam folgende Bestimmung zur Annahme: „Der Verbandsvorstand ist in Verbindung mit dem Verbandsausschuß und den Gauvorsitzenden berechtigt, unter außergewöhnlichen Verhältnissen Extrabeiträge auszusprechen, zu deren Zahlung alle Mitglieder verpflichtet sind.“ Die Worte, die der Genosse Bömelburg dabei äußerte, dürften zur Abkühlung der Trompete im Unternehmerlager wesentlich beitragen. Obiger Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Die Krankenunterstützung wurde von 12 auf 25 Wochen verlängert und die Reiseunterstützung erhöht. Die an Streikende gewährte Sommer-Reiseunterstützung konnte bisher in 6 Raten zu 1.50 Mk. erhoben werden; in Zukunft soll sie in 9 Raten erhoben werden können. Die Winter-Reiseunterstützung wurde von 75 Pfg. auf 1 Mk. pro Tag und ihr Gesamtbetrag von 30 auf 40 Mk. erhöht. Die Unterstützung für gemahregelte und inhaftierte Kollegen soll gleichfalls in Zukunft von humaner Seite durchstränkt sein. Soweit es sich dabei um verheiratete Mitglieder handelt, soll sie 3 Mk. mehr betragen, als die zuständige Streikunterstützung.

Weiter beschloß sich der Verbandstag mit der Regelung der Akkordarbeit. Die Delegierten machten die Anschauung des Referenten Silberjahnitz zu der ihrigen und nahmen eine Resolution an, die die Kollegen und die Organisationsinstanzen zu energischer Aufklärungsarbeit über die Schäden der Akkordarbeit verpflichtet.

Auch das Lehrlingswesen im Maurergewerbe wurde in einem Referat eingehend beleuchtet. Das zweckdienliche Material soll gesichtet und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Alles in allem dürften die Mitglieder des Maurerverbandes mit Befriedigung auf die Beschlüsse des 9. Verbandstages zurückblicken. Was der Maurerverband für die Berufskategorie bedeutet, kommt in folgendem zum Ausdruck. Der Verband hat im Jahre 1906 750 Lohnbewegungen geführt, von denen 299 einen vollen, 402 einen teilweisen Erfolg hatten. Erreicht wurde für 96 192 Personen eine Lohnerhöhung und für 34 784 eine Verkürzung der Arbeitszeit. Vorausgab hat der Verband an Streikunterstützung 1 138 696 Mk.

Der Metallarbeiterverband, bekanntlich die stärkste Gewerkschaftsorganisation, der Mitgliederzahl nach gerechnet, weist am Schlusse 1906 eine solche von 335 075 auf. Trotz der Kämpfe im verfloffenen Jahre erhöhte sich die Mitgliederzahl um 75 383, in den letzten vier Jahren beträgt die Mitgliederzunahme 160 Prozent. Die Einnahmen aus den Beiträgen betragen im Berichtsjahre 7 877 855.10 Mk. und sind gegen 1905 um 3 188 279 Mk. gestiegen (In der ersteren Summe ist eine Einnahme von 718 487.50 Mk. für Extrabeiträge mit eingerechnet.) Die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen betragen — 707 551 Mk. aus den Lokalfassen mitgerechnet — 3 523 941.80 Mk. Die Abrechnung bilanziert mit 8 615 771 Mark 53 Pfg. Das Verbandsvermögen beträgt 2 599 650.99 Mk. Es sind gewaltige Summen und Zahlen, die von der Bedeutung des Metallarbeiterverbandes Zeugnis ablegen und den gegnerischen Arbeiterorganisationen sowie den Scharfmachern in der Metallindustrie zum Anschauungsunterricht empfohlen werden können.

Der Glasarbeiterverband zählte Ende 1906 insgesamt 14 252 Mitglieder, 3174 mehr als Ende 1905.

Der Soldatenerverband hatte Ende 1906 2951 Mitglieder und ein Verbandsvermögen in Höhe von 28 884 Mk.

Der Tabakarbeiterverband hat im abgelaufenen Jahre 70 neue Zahlstellen gegründet und um 6845 Mitglieder zugenommen. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1906 32 752 (davon 15 288 weibliche) gegen 25 907 (davon 12 169 weibliche) Ende 1905.

Der Zimmererverband erhöhte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 43 253 auf 52 377, also um 9124. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug Ende 1906 1 123 448 Mk. gegen 919 169 Mk. Ende 1905.

Der Fleischerverband schloß das Jahr 1906 mit einer Mitgliederzahl von 2933 ab, das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme um 449 Mitglieder. Das Verbandsvermögen bezifferte sich Ende 1905 auf 7673 Mk., Ende 1906 auf 11 015 Mk.

Der Gemeindefacharbeiterverband erhöhte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 20 818 auf 23 238, was einer Mitgliederzunahme um 2522 entspricht. Das Verbandsvermögen stieg von 95 842 Mk. auf 131 432 Mk.

Der Müllerverband hat im letzten Jahre 49 Lohnbewegungen geführt, an denen 1724 Personen beteiligt waren. Ohne Arbeitseinstellung erreichten 1179 Personen die Durchführung ihrer Forderungen, während 541 Personen zur Durchführung ihrer Forderungen in den Streik treten mußten. Durch Streiks erreichten u. a. 200 Personen eine Arbeitszeiterfüllung von je zwei Stunden wöchentlich und 297 Personen Lohnerhöhungen im Durchschnitt von 2.25 Mk. pro Woche. Durch die friedlichen Lohnbewegungen erreichten 252 Personen eine Arbeitszeiterfüllung von 5.4 Stunden und 985 Personen eine Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Woche. Die Bewegungen verursachten dem Verband 31 284 Mk. Kosten.

Der Verbandstag der Hotelbiener, der vor kurzem in Leipzig tagte, nahm folgende Resolution an:

„Der dritte Verbandstag des Verbandes der Hotelbiener erklärt seine grundsätzliche Zustimmung zur Verschmelzung mit dem Verbande der Gastwirtschaftlichen, da eine solche für die Mitglieder beider Verbände in prinzipieller und praktischer Hinsicht nur von Vorteil sein kann und muß.“

Da jedoch die Verhältnisse eine sofortige Verschmelzung noch nicht tunlich und praktisch erscheinen lassen, so verpflichten sich die Delegierten, in den Kreisen der Mitglieder in ehrlicher und rückhaltloser Weise für die Verschmelzung zu wirken, damit sie auf dem nächsten Verbandstage zur Tatfache werden kann. In demselben Sinne ist auch in den Sachorganen beider Verbände zu wirken; ferner wird den beiden Hauptvorständen die Verpflichtung auferlegt, auf ihre Ortsverwaltungen dahin einzuwirken, daß bei Aktionen von gemeinsamem Interesse nach Möglichkeit Hand in Hand gearbeitet wird. Zur Regelung dieser Frage empfiehlt der Verbandstag den beiden Hauptverwaltungen den Abschluß eines Kartellvertrages.

Unter der Voraussetzung, daß der Verband der Hotelbiener in diesem Sinne wirkt, zieht der Verband der Gastwirtschaftlichen seinen Einspruch gegen den Anschluß des Hotelbienerverbandes an die Generalkommission zurück.“

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 28. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ignaz Auer. — Studien über sozialistische Ästhetik. Ueber Leben, Schönheit und Kunst. Von Henriette Roland-Folli. (Schluß). — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. (Fortsetzung). — Hausindustrie und Heimarbeit in Baden. Von A. Weismann (Karlsruhe). — Literarische Rundschau: Max Hefes Klassiker-Ausgaben. Von Franz Dieberich. Frank Morris, Das Epos des Weizens. Von G. Korn. Dr. Hugo Riefes, Die philosophische Wurzel des Marxismus. Von A. P. — Notizen: Die Säuglingssterblichkeit. Von ow.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 8.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Eine Abrechnung mit dem Reichslügenverband. Unter diesem Titel hat die Buchhandlung Vorwärts in Berlin die Verhandlungen des Reichstages über die sozialdemokratische Interpellation betreffend die Wahlbeeinflussung der obersten Reichsbehörden herausgegeben. Die Broschüre enthält die Verhandlungen vom 16. und 19. März nach den stenographischen Berichten. Das von den Genossen Fischer und Bebel gegen die Wahlumtriebe der Reichsbehörden und gegen die in der Wahlbewegung vom „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ gegen unsre Partei gerichteten Lügen und Verleumdungen vorgelegte Material wird unsern Parteigenossen bei der Bekämpfung der Gegner wesentliche Dienste leisten.

Der Preis der Broschüre beträgt 20 Pfg. Organisationen erhalten sie zu ermäßigtem Preise, wenn sie Parteien beziehen.

Die Neben der Abgeordneten Fischer und Bebel sind vom Verlag zu Agitationszwecken in besonderen Ausgaben herausgegeben, die nur an Wahlvereine usw. abgegeben werden. Wegen Preisofferte wende man sich an die Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 60.

Das Ende des Reichs. Das von der Parteipresse allgemein mit lebhaftem Interesse aufgenommene Werk von Kurt Eisner ist in der ersten starken Auflage bereits vergriffen. In den nächsten Tagen erscheint die zweite unveränderte Auflage, auf die Bestellungen entgegengenommen werden.

Diegen, J., Die Zukunft der Sozialdemokratie. Preis 50 Pfg., Agitationsausgabe 20 Pfg. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Ein neuer Abdruck mit Vor- und Nachwort ist soeben von dieser Diegen'schen Agitationschrift erschienen. Der Verfasser gibt in der Schrift eine treffende Antwort auf die Frage: Wie wird es im Zukunftsstaat aussehen? Die Schrift legt in populärer Weise dar, daß und wie die Sozialdemokratie die Zukunft schaffen wird.

Die erste diesjährige Mainummer des Wahren Jacob ist soeben erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die farbigen Bilder Am 1. Mai und Der Gaurifant der Kapitalkasse, sowie die weiteren Illustrationen Schwartenmähers Bonnetraum, Groß-Neuderei, Die Nachbarn, Der verhasste Sänger, Tenburg auf der Afrikafahrt, Kritische Situation und In gehobener Stellung. Der letzte Teil der Nummer enthält die Gedichte Der erste Mai, Wer wirds werden?, Frühling, Der Kampf der Jahrtausende, Zyklus von Paul Eberling, Die Friedenskonferenz von Max Hoffmann, Zeichen und Wunder und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons Was er träumte und Die Politik der Unmündigen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige.